

Pakistan: Solidarität mit den OrganisatorInnen des Marsches der Studierenden!

Liga für die Fünfte Internationale, Infomail 1079, 5. Dezember 2019

Die Beteiligung

am Solidaritätsmarsch der Studierenden am Freitag, den 29. November, war sehr

beeindruckend mit Demonstrationen in 55 Städten. Zu den wichtigsten Forderungen

gehörten die Beendigung der Schikanen gegen StudentInnen, die Entfernung von

Militärpersonal vom Campus und das Recht, Studierendenverbände und -gewerkschaften zu organisieren.

Bezeichnenderweise

wurden auch Losungen erhoben, die sozialistische Lösungen fordern.

Pakistan

befindet sich derzeit in einer schweren Wirtschaftskrise. Die Vereinbarung mit

dem Internationalen Währungsfonds hat zu Inflation und Arbeitslosigkeit sowie

zu einem Anstieg von Hunger und Armut geführt. Mit zunehmender Verschlechterung

der Bedingungen nimmt die Zahl der Revolten zu und die Bewegungen nehmen Fahrt

auf. Bildungseinrichtungen sind von Vetternwirtschaft und Korruption, schlechter Bildung und selbst dem Mangel an grundlegenden Einrichtungen wie sauberem Trinkwasser und Toiletten geprägt. Die Schwere der Probleme verschärft sich, wenn man den Geschlechteraspekt betrachtet. Die Mehrheit der Mädchen aus ArbeiterInnenfamilien findet sich nicht nur der höheren, sondern oft sogar der elementaren Bildung beraubt.

Darüber hinaus streiten die herrschenden Klassen nicht nur untereinander, sondern versuchen auch, sich mit der größeren Wirtschaftskrise herumzuschlagen, die durch die Rettungsaktion des IWF verschärft wurde. Kurz gesagt, es existiert eine große Regierungskrise, und in dieser Situation reift das Potenzial für einen Massenaufstand. Der Solidaritätsmarsch der Studierenden, die Streiks der Großen Gesundheitsallianz und der EnergiearbeiterInnen von WAPDA (Wasser- und Strombehörde), unter anderen, sowie die Mobilisierungen der PaschtunInnenschutzbewegung, PTM, sind Ausdruck dieses Potenzials.

Repression

In dem Maße wie die Regierung schwächer wird, nehmen ihre Aktionen einen

zunehmend defensiven
und barbarischen Charakter an. Zuerst vertrieben
GesetzhüterInnen Alamgir
Wazir, einen ehemaligen Studenten der Punjab University, der
auch als
Vorsitzender des PaschtunInnenrates fungierte, aus den
Räumlichkeiten der
Universität. Er ist auch der Neffe des Nationalratsmitglieds
und PTM-Chefs Ali
Wazir. Er war auf den Campus gekommen, um seinen Bachelor-
Abschluss in
Geschlechterforschung von der Universität zu holen, und
übernachtete in der
Campus-Herberge im Zimmer seines Cousins. Er richtete sich
auch an den Solidaritätsmarsch
der Studierenden am 29. November und kritisierte den Staat
dafür, Urdu als
gemeinsame Sprache im ganzen Land durchzusetzen und
militärische Operationen
durchzuführen, die zur Ermordung von PaschtunInnen führten.
Nachdem Alamgir
Wazir abgeholt worden war, organisierte der PaschtunInnenrat
einen Protest vor
dem Haus des Vizekanzlers der Punjab University. Die Polizei
stellte ihn am 2.
Dezember vor ein Gericht, und er wurde für 14 Tage in
Untersuchungshaft
genommen.

In Lahore hat
die Polizei auch ein Verfahren gegen die OrganisatorInnen des
studentischen
Solidaritätsmarschs eingeleitet, darunter Alamgir Wazir, Ammar
Ali Jan, Tariq
Farooq, Iqbal LaLa (der Vater von Mashal Khan, einem Schüler
der Abdul Wali

Khan Universität in Mardan, der wegen Blasphemievorwürfen
gelyncht wurde),
sowie „250-300 nicht identifizierte TeilnehmerInnen“. Die
Polizei hat den Fall
im Namen des Staates aufgenommen, weil die StudentInnen
provokante Reden und
Slogans gegen den Staat und seine Institutionen gehalten
hätten. Die Polizei
sagte, dass sie auch die anderen an dem Fall beteiligten
Personen festnehmen
werde.

Darüber hinaus
gibt es Berichte, dass die Punjab Universität die Zulassung
einer Studentin aus
Wasiristan, die eine Cousine eines Studentenaktivisten ist,
aufgehoben hat. Die
Aufhebung ihrer Zulassung und die willkürliche Verhaftung von
Alamgir Wazir
zeigen den rassistischen Charakter eines Staates, in dem
PaschtunInnen zu den
häufigsten Zielen rassistisch motivierter Kontrollen gehören.
Der Staat macht
jedoch nicht bei der Erstellung von rassistischen Profilen
Halt, sondern
richtet sich gegen jede/n, der/die den Status quo in Frage
stellt, unabhängig
von Rasse/Ethnizität.

Tage vor dem Marsch
der Studierenden beendete die Punjab University das
Aufbaustudium eines der
OrganisatorInnen, Hasnain Jameel, der Master-of-Philosophy-
Student der
Politikwissenschaft ist (MPhil: Abschluss eines

Forschungsstudiums auch außerhalb der Philosophischen Fakultät). Er wurde darüber informiert, dass sein Abschluss aberkannt wurde und ihm der Zugang zur Universität untersagt ist.

Ebenso verbot die Regierung vor dem Marsch alle politischen Aktivitäten der StudentInnen in der belutschischen Provinz und verlieh den Sicherheitsbehörden umfassende Befugnisse, um die Teilnahme der StudentInnen an jeder Art von öffentlicher Versammlung zu verhindern.

Trotz all dieser Hürden stellte der studentische Solidaritätsmarsch immer noch einen Erfolg dar.

Die Reaktion des Staates auf die Forderung der StudentInnen nach nichts anderem

als ihrem demokratischen Recht auf gewerkschaftlicher Organisation und auf ein

Ende von Belästigung und Militarisierung bestätigt diesen Erfolg. Die

Organisation im Vorfeld des Marsches zeigte auch, wie viel Energie in der

pakistanischen Jugend gegen die Frustrationen eines zerfallenden

kapitalistischen Systems steckt. Die Beteiligung und der Umfang der Proteste

waren weitaus größer als im Marsch des Vorjahres. Mit Ausnahme des

Sektierertums einiger weniger, wie der International Marxist Tendency,

unterstützten fast alle großen linken Gruppen den Marsch und nahmen daran teil.

Perspektive

Ein Kontingent

von proletarischen und der unteren Mittelschicht angehörenden Menschen mit

Flaggen der Pakistanischen Volkspartei (PPP) nahm ebenfalls am Marsch teil. Es

ist wichtig zu überlegen, wie wir mit solchen Entwicklungen umgehen sollten,

denn trotz ihrer Unterstützung für eine bürgerliche Partei haben sich diese

Schichten eindeutig mit den Zielen des Marsches identifiziert.

Wir brauchen ein

sozialistisches Programm, das diesen Teilen angeboten wird, wenn sie an unseren

Veranstaltungen teilnehmen. Sein Zweck wäre es, ihnen zu zeigen, wie das

Programm ihrer jetzigen Partei ihre Interessen nicht verteidigt und verteidigen

kann. Wir kämpfen für die Führung der ArbeiterInnenklasse in der

regierungsfeindlichen Bewegung auf der Grundlage unseres sozialistischen

Programms, und das kann nicht geschehen, ohne die rivalisierenden

KonkurrentInnen für dieselbe Führung zu kritisieren. Mit der richtigen Art von

Politik können wir diejenigen Schichten gewinnen, deren historisches Interesse

im Sturz des Kapitalismus liegt, was die PPP nie erreichen kann.

Eine der

wichtigsten Errungenschaften des diesjährigen Marsches war,

dass die StudentInnen zeigten, wie wichtig es ist, wieder zu lernen, wie man organisiert. Sie hielten öffentliche Versammlungen auf dem Campus ab. Sie hängten Poster auf den Straßen auf. In Lahore mobilisierten sie beim Faiz-Festival (Musik-, Kunst- und Literaturfest) und ließen sich nicht von absurder Kritik aus den reaktionären Teilen der Gesellschaft abschrecken. In vielen Bereichen versuchten die StudentInnen, in ArbeiterInnenviertel und Quartiere der unteren Mittelschicht zu gehen und sprachen mit den Menschen dort, um sie zum Protest einzuladen.

Kurz gesagt, die Mobilisierungen haben gezeigt, dass große Proteste entstehen, wenn wir lernen, wie man sie organisiert. Die Menschen schwärmen nicht einfach zu Protesten in Massenzahlen, weil jemand ein Facebook-Event erstellt oder darüber getwittert hat. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall, Menschen twittern, twittern zurück und teilen Dinge, weil sie sehen, wie andere vor Ort organisieren.

Gleichzeitig sahen wir, wie der Premierminister und andere MinisterInnen der derzeitigen von der PTI (Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit) geführten Regierung versuchten, die augenblickliche Gelegenheit zu ergreifen, indem sie scheinbar

zugunsten von studentischen Gewerkschaften twitterten. Wir haben auch gesehen, wie Bilawal Bhutto Zardari von der PPP die Anstrengung eines Prozesses gegen die VeranstalterInnen des studentischen Marsches verurteilt hat. Murtaza Wahab, Rechtsberater des Ministerpräsidenten im Sindh, Murad Ali Shah, sagte Anfang der Woche, dass er die Wiederherstellung der StudentInnenschaftsgremien in der Provinz genehmigt hat. Er sagte weiter, dass die Regierung von Sindh im Prinzip beschlossen hat, studentische Verbände in Bildungseinrichtungen der Provinz wieder in Kraft zu setzen. Auch wenn dies nur ein Versuch ist, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen, verkörpert es einen wichtigen Sieg für die studentische Bewegung.

Die PTI ist im Zentrum in der Regierung, während die PPP seit langem die Leitung der Sindh-Versammlung innehat. Auf typische neoliberale Weise versuchen beide bürgerlichen Parteien, eine Bewegung zu kooptieren, die aus der Mobilisierung an der Basis entstanden ist. Dies wirft die Frage auf, in welche Richtung sich die StudentInnenbewegung sowohl unter den Bedrohungen des Staates als auch unter den Versuchen von Teilen der Bourgeoisie und der Mittelschichten entwickeln wird, die gegenwärtige Gelegenheit beim Schopf zu packen? Wenn wir die Wünsche derjenigen StudentInnen, die Losungen für ein

„Surkh Asia“ (Rotes Asien) skandiert haben, wirklich wahr machen wollen, dann müssen wir uns dieser Frage bewusst sein und eine eigene Strategie entwickeln.

Wir fordern:

- Alamgir Wazir muss sofort und bedingungslos freigelassen sowie öffentlich der Fehler durch die für die Verhaftung verantwortliche Behörde eingestanden werden.
- Alle rechtlichen Schritte gegen die OrganisatorInnen des studentischen Marsches, einschließlich Alamgir Wazir, werden unverzüglich eingestellt.
- Alle StudentInnen, deren Zulassungen storniert worden sind, werden sofort wieder aufgenommen.
- Versammlungs- und Protestfreiheit für alle, unabhängig von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, BürgerInnenstatus, Religion usw.
- Die rassistische Profilerstellung von PaschtunInnen, BelutschInnen, Sindhi, Muhadschiri (Urdu-sprachige multiethnische MuslimInnen, die nach der Teilung Indiens 1947 nach Pakistan flohen) und allen unterdrückten Nationalitäten, die unter pakistanischer Herrschaft leben, muss beendet werden.
- Alle Forderungen des StudentInnenmarsches sollen

akzeptiert werden.

Azadi-Marsch in Pakistan: „Zivile Herrschaft“ und die Widersprüche der herrschenden Klasse

*Revolutionary Socialist Movement Pakistan, Infomail 1075, 3.
November 2019*

Der Azadi-Marsch
(Freiheitsmarsch), der am 27. Oktober in Karatschi unter
Führung des JUI-F
(Vereinigung islamischer Gelehrten)-Chefs Maulana Fazlur-ur-
Rehman startet, bringt
die inneren Widersprüche der Bourgeoisie deutlich zum
Ausdruck. Die menschenverachtende
Politik der derzeitigen pakistanischen Tehreek-e-Insaf (PTI;
Pakistanische
Bewegung für Gerechtigkeit)-Regierung erschwert das Leben des
größeren Teils
der Bevölkerung, weshalb in den Massen gegen die Regierung
Frustration und Wut
zu spüren sind. In dieser Situation führt die gesamte
bürgerliche Opposition zugleich
einen Kampf um die Verteidigung ihrer eigenen Interessen. Sie
will von der
bestehenden schwierigen Lage profitieren, indem sie nicht nur

spezifische

Zugeständnisse für sich selbst gewinnt, sondern sich auch als Alternative präsentiert.

Die Hauptursache

für das Scheitern und die Ungeeignetheit der von der PTI geführten Regierung

liegt in Pakistans Position in der imperialistischen Weltordnung als

Halbkolonie und der bestehenden Form des Imperialismus. Die von der PTI

geführte Regierung gab sich am Anfang sehr zuversichtlich und war nicht bereit,

irgendwelche Verhandlungen mit Maulana Fazlur-ur-Rehman aufzunehmen, als er für

den Azadi-Marsch zu mobilisieren begann. Aber jetzt sind Verhandlungen im Gange

und die verschiedenen Teile der herrschenden Klasse sind damit beschäftigt,

eine gemeinsame Lösung auszuarbeiten. Die schnell wachsende Krise des

kapitalistischen Systems bedeutet, dass die verschiedenen Teile der Bourgeoisie

in der Lage sein könnten, einen Kompromiss miteinander einzugehen. In diesem

Fall werden in den kommenden Tagen die Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse,

die städtischen und ländlichen Armen und Studierenden zunehmen.

Wirtschaftlicher

Streik

Die

Wirtschaftskrise in Pakistan entwickelt sich beschleunigt. Die eigentliche

Bedeutung der Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) besteht

darin, dass der Preis für diese Krise von der arbeitenden Klasse und unteren

Mittelschicht sowie von den städtischen und ländlichen Armen getragen werden

sollte. Aber die Krise trifft nun auch die HändlerInnen und LadenbesitzerInnen

sowie die mittleren und in einigen Sektoren die großen KapitalistInnen. Dies

geschieht, obwohl die Regierung ihr Bestes getan hat, um den Großunternehmen

und ExporteurInnen maximale Ausnahmegenehmigungen im Haushalt zu gewähren. Aber

die Wirtschaftskrise hat sich so sehr verschärft, dass ihre Auswirkungen

überall zu spüren sind. Auch die HändlerInnen waren bereits früher in den

Streik getreten und tun dies immer noch. Diese Situation ist in der Tat

lukrativ für die Protestpolitik von Maulana Fazlur-ur-Rehman und verschiedenen

anderen bürgerlichen Oppositionsparteien. Gleichzeitig liegt darin eine große

Gefahr, die der jetzigen Regierung drohend vor Augen tritt.

Privatisierung,

Abbau und Beendigung von Arbeitsverhältnissen

Tausende von Menschen haben bereits ihren Arbeitsplatz verloren, während zahlreiche andere aufgrund der Wirtschaftskrise und der menschenfeindlichen Politik der Regierung unter die Armutsgrenze gefallen sind. In der aktuellen Wirtschaftslage gibt es keine Chance auf kurzfristige Besserung. Stattdessen wird sich die Situation wahrscheinlich nur noch verschlimmern. Die Regierung arbeitet an einer Privatisierungsagenda. Aus diesem Grund hat die PTI-geführte Regierung das Medical Teaching Institute (MTI) Reforms Act (Gesetz zur Reform der medizinischen Ausbildung) in Krankenhäusern durchgesetzt. Ziel dieses Gesetzes ist es, Krankenhäuser im Namen der Reformen nach einem neuen Geschäftsmodell zu führen. Auf der einen Seite wird dies dazu führen, dass der ohnedies eingeschränkte Zugang zu kostenloser und erschwinglicher Gesundheitsversorgung für die ArbeiterInnenklasse und die

Masse der Armen endet. Auf der anderen Seite werden die im Gesundheitswesen beschäftigten Lohnabhängigen ihren festen Arbeitsplatz verlieren. All dies geschieht unter den Bedingungen des IWF, dessen Ziel es ist, den großen KapitalistInnen zu

helfen. Damit soll eine Welle der massenhaften Privatisierung in diesem Sektor vorbereitet werden.

Auch andere Bereiche sind mit den Angriffen der Privatisierung konfrontiert.

Auch das Budget für die Hochschulbildung von Jugendlichen, die die Zukunft

einer jeden Gesellschaft sind, wurde stark gekürzt. ArbeiterInnen und StudentInnen

lehnen diese Kürzungen allerdings ab und leisten Widerstand.

Angriffe auf die demokratischen Freiheiten

Der Staat ist

nicht bereit, die Äußerung von Meinungsverschiedenheiten zu tolerieren,

insbesondere über den Charakter des Militärs, den chinesisch-pakistanischen

Wirtschaftskorridor und die Vereinbarung mit dem IWF. Die Mainstream-Medien

sind allein von Korruption und wirtschaftlichem Niedergang besessen. Aber

niemand spricht über die Angriffe auf die demokratischen Freiheiten in

Pakistan. Die wenigen abweichenden Stimmen, die wir hatten, wurden zum

Schweigen gebracht. Die Einrichtung einer Medienregulierungsbehörde und das harte

Vorgehen gegen die sozialen Medien zeigen, dass die herrschende Klasse nicht

bereit ist, jede Art von Dissens zu tolerieren, und sie wird ihr Bestes geben,

um ihn zu beenden. Der Staat wird immer autoritärer.

Lösungen finden

– in der bürgerlichen Demokratie?

Das Militär hat in Pakistan eine dominante Stellung aufgrund von Faktoren wie dem halbkolonialen Status des Landes, der Instabilität des kapitalistischen Systems und der Untauglichkeit der herrschenden Klasse. Aus diesem Grund behaupten liberale und verschiedene linke Organisationen, dass der größte Widerspruch in Pakistan der zwischen ziviler Herrschaft und Militärdiktatur oder -kontrolle ist. Solche Organisationen und Einzelpersonen betrachten die Wirtschaftskrise des Kapitalismus, den Imperialismus und die Rolle der herrschenden Klasse als praktisch unwichtige Themen. In Wirklichkeit sind diese Fragen der Grund für die soziale Krise und das Fehlen demokratischer Grundrechte in Pakistan.

Diese liberalen und linken Organisationen und Individuen präsentieren den Charakter des Militärs als unabhängig in diesem bürgerlichen Staat und begrenzen so die inneren Widersprüche der Bourgeoisie auf einen einfachen Gegensatz zwischen ziviler Vorherrschaft und militärischer Herrschaft. Nach ihnen sind Nawaz Sharif und die kapitalistische Sektion des Punjab, die ihn unterstützt, sowie die PPP

(Pakistanische Volkspartei) als seine Verbündeten die einzigen Kräfte, die in der Lage sind, eine bürgerliche Demokratie durch Niederlage und Zügeln des Militärs zu erreichen. Wir wollen Attacken auf die demokratischen Freiheiten bekämpfen und treten für demokratische Reformen ein. Wir befürworten dies jedoch auf Basis politischer und organisatorischer Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse und Linken, nicht durch politische Unterordnung unter PPP oder Nawaz Sharif.

Dennoch hält fast die gesamte Linke an dieser Illusion fest, dass, wenn das Parlament die Oberhand gewinnt und die Institutionen in ihren Grenzen arbeiten, die bestehende Krise angegangen werden kann. Deshalb spricht der Großteil der Linken, auch wenn er im Gegensatz zu den Liberalen nicht für die Teilnahme an der Kundgebung von Maulana Fazlur-ur-Rehman eintritt, immer noch in Bezug auf die aktuelle Krise von einem Kampf zwischen demokratischen und undemokratischen Kräften. Dies erklärt, warum sie zum einen gerne ihre Unterschriften unter eine Erklärung setzen, die das bürgerliche Parlament als Lösung präsentiert und die Unterschriften von allen Führungen der bürgerlichen Parteien wie PML-N (Pakistanische Muslimliga-Nawaz), PPP usw. enthält, und andererseits verurteilen sie nicht, diese Erklärung Maulana Fazlur-ur-Rehman

vorzulegen. Es zeigt auch, wie sie Illusionen in eine Lösung innerhalb dieses bestehenden kapitalistischen Systems hegen. Sie unterstützen weiterhin bürgerliche PolitikerInnen und ignorieren die Tatsache, dass die aktuelle Krise ein Spiegelbild der inneren Widersprüche der herrschenden Klasse ist. Die Lösung liegt nicht in der Unterstützung von Typen wie Nawaz Sharif oder Asif Ali Zardari, sondern in der Politik gegen den Kapitalismus selbst. Eine bürgerlich-demokratische Bewegung ist nicht die Antwort auf die Krise. Stattdessen müssen wir eine sozialistische Bewegung aufbauen. Die meisten Linken sind ideologisch für den Aufbau einer sozialistischen Bewegung, aber ihre praktische Politik ist oft der bürgerlichen demokratischen Bewegung unterworfen.

Programm

Wir müssen die Grenzen von demokratischen Bewegungen erkennen und ein Programm für die Macht der ArbeiterInnenklasse entwerfen:

Das eigentliche Problem liegt in der begrenzten Natur der bürgerlich-demokratischen Bewegungen, weshalb die zivile Vorherrschaft keine Garantie für unsere demokratischen

Freiheiten sein kann. Wir müssen darüber hinausgehen. Die herrschende Klasse ist derzeit in ihre eigenen Widersprüche verwickelt. In der gegenwärtigen Situation ist es wahrscheinlich, dass Kämpfe gegen die Privatisierung, StudentInnenproteste und die Kämpfe unterdrückter Nationen bürgerlichen Bewegungen untergeordnet werden können, da die Mehrheit der Linken die Vormachtstellung des Parlaments und die Eindämmung von Institutionen wie dem Militär als Lösung darstellt. Für sie sind die Bewegungen der ArbeiterInnen und StudentInnen Kämpfe mit einem einzigen Thema. Trotz ihrer Feiertagsreden werden Sozialismus und der Sturz des Kapitalismus nicht zu Fragen von heute, und sie sehen die bürgerliche Opposition als die politische und regierende Alternative.

Derzeit wird im Gesundheitswesen ein heftiger Kampf geführt, die ArbeiterInnen der Wasser- und Energiebehörde sind gegen die Privatisierung organisiert, und die Wahrscheinlichkeit von Zusammenstößen in der Post und anderen Institutionen steigt. Die Solidarität zwischen den Kämpfen nimmt ebenfalls zu. Die Linke schließt sich diesen Bewegungen an, aber es ist wichtig, dass sie interveniert, um diesen ökonomischen Kampf in einen politischen zu verwandeln. Dazu müsste die Linke über die Betrachtung des bürgerlichen Parlaments als Lösung für die

soziale Krise innerhalb dieses Systems hinausgehen. Sie muss ein Programm für den Sturz der von der PTI geführten Regierung und ihre Ersetzung durch eine ArbeiterInnenregierung vorlegen. Dieses Programm wird der ArbeiterInnenklasse die Frage nach staatlicher Macht und Regierung vor Augen führen. Wir brauchen eine revolutionäre Partei der ArbeiterInnenklasse wie auch eine Strategie, die auf dem Sturz des kapitalistischen Systems und Durchführung einer sozialistischen Revolution basiert.

Pakistan: Jiand Baloch ist wieder frei – die BelutschInnen nicht!

Liga für die Fünfte Internationale, Infomail 1065, 17. August 2019

Am 2. August konnten wir die Freilassung des Studentenführers der Baloch Students Organization (BSO) Jiand Baloch feiern, die auf der Facebookseite der BSO bekanntgegeben wurde (<https://www.facebook.com/bsol1967/>). Jiand „verschwand“ am 30. November 2018. Einige Tage später „verschwanden“ drei weitere Genossen der BSO, Zareef Rind, Changez Baloch und Aurangzaib Baloch. Während letztere am 5. Januar wieder freigelassen wurden, mussten all jene, die Jiand und seinen Idealen

nahestehen, für weitere sieben Monate um sein Leben fürchten.

Die Entführung oder das so genannte „Verschwinden“ von BelutschInnen wie Jiand ist eine gängige Praxis gegen politische AktivistInnen und Angehörige unterdrückter, nationaler Minderheiten in Pakistan. Es trifft die Bevölkerung Belutschistans, Pakistans südwestliche Provinz, besonders hart. Geschätzte 20.000 Menschen sind seit den 1990ern verschwunden. Viele wurden nie wieder gesehen nur als geschundene Leichnahme, die am Straßenrand abgeworfen wurden. Der pakistanische Zentralstaat und die KapitalistInnenklasse, die vor allem im Punjab und in Karachi angesiedelt ist, verfolgen seit jeher eine Agenda der inneren Kolonisierung gegenüber den anderen drei Provinzen und weiteren Regionen wie Gilgit-Baltistan. Das belutschische Volk ist am stärksten betroffen, da die Region reich an Ressourcen und von geostrategischer Bedeutung ist, jedoch nur wenige ihrer BürgerInnen in der Position sind, sich der Ausbeutung durch inländisches und internationales Kapital entgegenzustellen. Die brutale Unterdrückung jeglichen Widerstandes hat immer wieder zur Bildung von Guerilla-Kräften geführt. In Reaktion auf eine Wiederbelebung der Guerilla-Bewegung 2018 hat der Staat mit voller Gewalt jedwede Form von Opposition unterdrückt.

Die Liga für die Fünfte Internationale und
REVOLUTION standen auf der Seite der belutschischen
studentischen AktivistInnen
und warben international für ihre unmittelbare und sichere
Freilassung. Wir
haben das getan, weil wir davon überzeugt sind, dass nur durch
die Anerkennung
des Rechts auf Selbstbestimmung unterdrückter Völker ein
gemeinsamer Kampf
gegen den Kapitalismus entstehen kann. Nur durch die
Solidarität mit der
unterdrückten „Peripherie“ – sei es in Kashmir, Palästina oder
Belutschistan –
können die ArbeiterInnen in den Metropolen eine Einheitsfront
gegen die Unterdrückung
und die gemeinsame Ausbeutung mit ihren Brüdern und Schwestern
schaffen.

Wir möchten all jenen Menschen, AktivistInnen
und Organisationen, danken, die ihre Stimme in Solidarität mit
Jiand Baloch und
der BS0 erhoben haben. Es waren eure Anstrengungen, die das
Leben eines
Genossen gerettet haben. Anstatt die BS0 zu zerstören, hat die
staatliche
Repression nun zu ihrer größeren Bekanntheit geführt. Neue
Schichten der
Gesellschaft wurden über die demokratischen und
sozialistischen Ziele der
jungen belutschischen AtivistInnen aufgeklärt. Wir glauben,
dass genau das der
Weg ist, wie internationale Solidarität aussehen kann und der
Aufbau einer
sozialistischen ArbeiterInnen- und Jugendbewegung
vorgebracht werden kann.
Sie werden nicht durch passives Abwarten auf eine bessere

Zukunft entstehen.

Sie entstehen durch das mutige und bewusste Eingreifen von SozialistInnen in Kämpfe, wie jenes des belutschischen Volkes für Freiheit.

In diesem Sinn möchten wir nicht nur jenen danken, die Jiand unterstützt haben, sondern alle daran erinnern, dass auch heute noch tausende BelutschInnen vermisst werden. Die Provinz steht immer noch faktisch unter Militärherrschaft. Demokratische Rechte bestehen allenfalls auf dem Papier. Wir möchten euch daher darum bitten, auch in Zukunft eure Stimme zu erheben. Die Linke und ArbeiterInnenorganisationen in Pakistan und international müssen sowohl politische als auch materielle Unterstützung für den Aufbau einer sozialistischen Jugend- und ArbeiterInnenbewegung in Belutschistan leisten.

Solidarität mit dem Kampf der Bevölkerung von Jammu und Kaschmir

Erklärung der [Revolutionary Socialist Movement](#), Pakistan, 10. August 2019, Infomail 1064, 11. August 2019

Am 5. August
präsentierte Amit Shah, Indiens Innenminister und gleichzeitig
Präsident der
regierenden Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei,
BJP), im Rajya Sabha
(Staatenversammlung; zweite Kammer), dem Oberhaus des
indischen Parlaments,
einen Präsidentenbefehl zur Aufhebung von Artikel 370, einer
Verfassungsbestimmung, die dem Staat Jammu und Kaschmir einen
Sonderstatus
einräumte. Nach einer kurzen Debatte wurde die Resolution im
Oberhaus mit einer
Mehrheit von 125 Stimmen gegen 61 angenommen.

Aufhebung von Artikel 370

Im Unterhaus
(Lok Sabha; Volksversammlung; erste Kammer) wurde der
Beschluss mit einer Mehrheit
von 367 Stimmen gegen 67 Stimmen gefasst. Artikel 370 gab der
gesetzgebenden
Versammlung Jammus und Kaschmirs die Befugnis, eigene Gesetze
in allen
Bereichen zu erlassen, mit Ausnahme von Fragen der
Außenpolitik, der
Verteidigung und der Kommunikation, die bei Delhi blieben.
Außerdem hatte der
Staat Jammu und Kaschmir das Recht auf eine eigene Verfassung
und eine eigene
Flagge. Diese Verfassungsbestimmungen verpflichteten den
indischen Staat, diese
Bestimmungen nicht ohne die volle Zustimmung beider Seiten zu
ändern.

Mit der Aufhebung von Artikel 370 wurde all dies jedoch beendet. Der Staat Jammu und Kaschmir wurde seines Status der begrenzten Autonomie innerhalb Indiens beraubt. Die von der BJP ausgearbeitete Resolution schlägt ferner vor, den Staat in zwei Unionsterritorien aufzuteilen: erstens Jammu und Kaschmir und zweitens Ladakh. Das bedeutet, dass die erstere ihre eigene gesetzgebende Versammlung beibehalten und die indische Zentralregierung einen (weisungsgebundenen) Gouverneurstatthalter ernennen wird, während Ladakh direkt von Delhi aus regiert wird, d. h. es wird dort keine eigene gesetzgebende Versammlung geben.

Darüber hinaus wurde unter der Präsidialverordnung auch Artikel 35-A aufgehoben. Diese Verfassungsbestimmung erlaubte es der Legislative des Staates Jammu und Kaschmir zu definieren, wer die ständigen BewohnerInnen des Staates sind, d. h. seine BürgerInnen. Dies war ein Gesetz aus der Zeit der Maharadscha-Herrschaft vor 1947, nach dem einE Nicht-Kaschmiri nicht in den Genuss der Bestimmungen für den Kauf von Land in Kaschmir und den Eintritt in den Staatsdienst kommen konnte (Maharadscha: großer Herrscher/Fürst/König). Nun, da Kaschmir keine eigene Verfassung mehr haben wird, muss es sich wie jeder andere Staat an die indische Verfassung halten. Das

bedeutet auch, dass
alle indischen Gesetze automatisch auf Kaschmiris anwendbar
sind und Menschen
von außerhalb des Staates dort Immobilien kaufen können. Kurz
gesagt, der Staat
Jammu und Kaschmir wurde zu einem Teil Indiens gemacht, indem
man ihm seinen
Sonderstatus entzogen hat.

Bereits viele
Tage vor der Aufhebung von Artikel 370 war eine Situation
ähnlich einem
Ausnahmezustand geschaffen worden, in der alle
Nichtansässigen, TouristInnen,
StudentInnen und ArbeitsmigrantInnen in Kaschmir zur Ausreise
gezwungen wurden.
In einer der ohnehin schon am stärksten militarisierten Zonen
der Welt wurde
der Einsatz von Truppen erhöht. Die örtliche Polizei wurde
aller Autorität
beraubt und entwaffnet, während alle Bildungseinrichtungen
geschlossen und die
BewohnerInnen von Jugendherbergen vertrieben wurden. Darüber
hinaus wurden
Internet-, Mobilfunk- und sogar Festnetztelefondienste
eingestellt. Außerdem
wurde sogar die kaschmirische Führung im Dienste der indischen
Staatsinteressen
unter Hausarrest gestellt, während die Führung der
FreiheitskämpferInnen hinter
Gittern landete. Mehr als 500 Menschen sitzen in Haft, und es
gab Berichte,
dass 50 DemonstrantInnenen getötet wurden, als sie versuchten,
zu mobilisieren
und der Ausgangssperre zu trotzen.

In dieser Situation kursieren alle möglichen Gerüchte, die eine Atmosphäre von Angst und Chaos erzeugen.

Hindutva-Politik

All dies geschieht natürlich im Rahmen der Hindutva-Politik von Narendra Modi. Hindutva ist das neue Gesicht des indischen Kapitals, das versucht, sich China als Wirtschafts- und Militärmacht anzugleichen. Die Modi-Regierung will die Kriegshysterie fördern, damit einerseits jeder Widerstand und jede Meinungsverschiedenheit im Namen des Vorwurfs der „Feindschaft gegenüber Indien“ zerschlagen werden kann. Andererseits zielen solche Maßnahmen darauf ab, indischen KapitalanlegerInnen die Möglichkeit zu geben, Kaschmir auszubeuten und zu plündern. Sofort nachdem Kaschmir seines Sonderstatus beraubt wurde, hat die KapitalistInnenklasse auf beiden Seiten der Grenze Gefühle von Hass und Kriegshysterie verbreitet.

Auf der einen Seite der Grenze wird die aktuelle Entwicklung als Sieg für die Modi-Regierung wahrgenommen. In Pakistan hingegen sieht die KapitalistInnenklasse, die mit

einer schweren Wirtschaftskrise konfrontiert ist, ihren einzigen Ausweg ebenfalls im Schüren von Kriegshysterie. Die aktuelle Entwicklung hat die beiden Atommächte in Konfliktstellung gebracht. Sollte jedoch tatsächlich ein Krieg stattfinden, würde der größte Preis dafür von der einfachen Bevölkerung getragen werden, insbesondere von Kaschmiris, die seit 70 Jahren die Hauptlast der Politik der beiden Länder getragen haben.

Dennoch hat die aktuelle Situation auch die Chancen für einen neuen Kampf geschaffen. Dieser neue Kampf würde einerseits der barbarischen Besetzung kaschmirischer Länder und der Massaker durch Indien entgegenstehen und andererseits auch die Rolle des pakistanischen Staates, der seine eigene Hegemonie in der Region haben will, in Verbindung mit der Politik des pakistanischen Staates in seinen besetzten Gebieten, den so genannten Asad Kaschmir (teilautonomes pakistanisches Gebiet) und Gilgit-Baltistan (Nordregion; pakistanisches Sonderterritorium unter Bundesverwaltung), die die Region in zwei Teile zerrissen hat, deutlich machen.

Fragen neuer

neuen Bewegung

Es ist sehr wahrscheinlich, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine neue Bewegung entstehen wird, die die Selbstbestimmung Kaschmirs zum Ziel hat und alle Nationen im Staat Jammu und Kaschmir zu einer Unabhängigkeitsbewegung zusammenführt. In diesem Zusammenhang sind einige Dinge zu berücksichtigen, sollte eine solche Bewegung ausbrechen. Die Grundlage dieser Bewegung muss dringend säkular sein, um die Spaltungen zu überwinden, die durch hinduistische versus muslimische politische Ideologien hervorgerufen werden, und zweitens sollte die Bewegung keine Illusionen in irgendeinen der umliegenden Staaten oder in die imperialistischen Mächte wie die USA oder China haben. Alle diese Mächte hegen ihre eigenen egoistischen Interessen und jede Zusammenarbeit mit ihnen im Namen der Lösung des Konflikts in Kaschmir kann verheerende Folgen für die dortige Bevölkerung haben.

Die Vereinten Nationen sind in Wirklichkeit auch eine Institution, die über ihren Sicherheitsrat stets die imperialistischen Interessen schützt, wo immer diese DiebInnen sich einigen können. Andernfalls ist dieses Gremium gelähmt und tut

nichts. Das kaschmirische Volk ist sich bewusst, dass die UNO in den letzten 72 Jahren der Besetzung und Teilung des Landes durch Indien und Pakistan praktisch akzeptiert hat, anstatt den Konflikt zu lösen und ein Referendum abzuhalten, wie 1948 versprochen wurde. Stattdessen müssen die Bewegung und ihre Führung direkt an die Massen der ArbeiterInnenklasse in Indien und Pakistan appellieren, sich für Klassensolidarität einzusetzen.

Im Gegensatz zu dem, was in den pakistanischen Mainstream-Medien präsentiert wird, genießt die Hindutva-Ideologie nicht in allen Bereichen der indischen Gesellschaft Anerkennung. Stattdessen haben sich Organisationen von StudentInnen, Frauen und ArbeiterInnen gegen diese Politik der BJP-geführten Regierung gestellt. Anstatt das Recht auf Selbstbestimmung für Kaschmir und den Abzug der indischen Truppen aus dem Staat zu fordern, haben sich die Hauptströmungen der indischen Linken weitgehend gegen die Aufhebung von Artikel 370 ausgesprochen, weil sie die Entwicklung als Bedrohung für die indische Verfassung und den Säkularismus sehen.

Anstatt sich der indischen Besetzung und Kolonisierung der Region als Verletzung des Grundsatzes des Rechts auf Selbstbestimmung zu widersetzen, verteidigt die

Linke de facto

diese Kolonisierung, indem sie sich auf Kaschmir als einen integralen

Bestandteil des indischen Staates bezieht. Und das, obwohl die indischen

Streitkräfte seit Jahrzehnten die schlimmsten Gräueltaten gegen das

kaschmirische Volk verüben, lange bevor Artikel 370 widerrufen wurde.

In den von

Indien besetzten Gebieten Jammu und Kaschmir sind durch die Auferlegung einer

Gouverneursherrschaft durch Narendra Modi trotz Medienberichterstattungsverbot

und Ausgangssperre Proteste junger Menschen ausgebrochen. Einige

DemonstrantInnen wurden getötet und jede Art von demokratischer Aktivität wird

durch den Einsatz von nackter Gewalt und Angst unterdrückt. Die Zahl der Proteste

wird in den nächsten Tagen wahrscheinlich zunehmen und der indische Staat wird

jede erdenkliche Methode anwenden, um die Bewegung zu zerschlagen. Wir haben in

der Vergangenheit gesehen, wie Delhi zu Massenverhaftungen, Folter, Massakern

und Vergewaltigungen gegriffen hat, um viele Arten von Kämpfen zu zerschlagen.

Die kaschmirische Bewegung muss auf solche Repressionen vorbereitet sein und

sich bewaffnen, um die Bewegung gegen militärische Barbarei und Unterdrückung

zu verteidigen.

Alle wirklich demokratischen und arbeitenden Kräfte müssen verlangen:

- Das Ende der Besetzung des Staates Jammu und Kaschmir!
- Den Abzug aller Streitkräfte der Teilungsmächte, einschließlich der paramilitärischen Polizei, aus dieser Region.
- Freilassung aller politischen Gefangenen und inhaftierten DemonstrantInnen.
- Aufhebung aller Beschränkungen der demokratischen Freiheiten wie der Versammlung, der Medien usw.
- Anerkennung des souveränen Status von vor 1947 für ganz Jammu und Kaschmir.

Die Bildung von Nachbarschafts- und Betriebskomitees ist eine wichtige Aufgabe, sowohl um den Widerstand zu mobilisieren als auch, sobald die Bedingungen es zulassen, um Wahlen zu einer souveränen verfassunggebenden Versammlung durchzuführen, die über die Zukunft des Staates Jammu und Kaschmir nach den Wünschen der Bevölkerung der Region entscheiden soll. Darüber hinaus muss der Kampf für ein sozialistisches Kaschmir Teil eines Kampfes für ein sozialistisches Südasien

werden. Auf dem Weg zu diesem Ziel ist es die Pflicht und im Interesse aller unterdrückten Nationen und der ArbeiterInnenklasse, in voller Solidarität mit dem Kampf für die Freiheit Kaschmirs zu stehen. Hier ist die Rolle der indischen ArbeiterInnenklasse, die im Januar einen 150 Millionen starken eintägigen Generalstreik durchgeführt hat, entscheidend.

Gewerkschaften in Pakistan

Revolutionary Socialist Movement, Revolutionärer Marxismus 51, Mai 2019

Vorwort

Die Aufgabe dieser Resolution ist es, eine die Organisationen der Arbeiterinnenbewegung in Pakistan zu analysieren und eine Strategie für AktivistInnen zu entwerfen.

Trotz aller Schwächen der Gewerkschaften und der ArbeiterInnenbewegung gab es in den vergangenen Jahren auch eine Reihe eindrucksvoller Arbeitskämpfe. Die Entstehung des Labour Qaumi Movement (LQM), die Kämpfe der Pflegerinnen und jungen

ÄrztInnen im
Gesundheitssektor und die Streiks der ArbeiterInnen bei der
Pakistan
International Airlines (PIA) sind alle eindrucksvolle
Beispiele der
Bereitschaft dieser ArbeiterInnen, Widerstand zu leisten und
für ihre Rechte
selbst unter widrigsten Umständen zu kämpfen. Die anhaltenden
Auseinandersetzungen
im Wasser- und Energiesektor (Wasser- und
Elektrizitätsentwicklungsamt; WAPDA)
haben ebenfalls eine strategische Bedeutung für die
zukünftigen
Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen im Land. Auch wenn die
begrenzten
Streiks und Massenversammlungen die Privatisierungen nicht
gestoppt haben, so
haben sie sie dennoch verzögert.

Diese mutigen Kämpfe wie auch eine
Reihe von Initiativen, lokalen Protesten und Versuchen bisher
unorganisierte
ArbeiterInnen zu organisieren – wie beispielsweise unsere
eigenen Bemühungen,
eine Gewerkschaft im Bereich der Heimarbeitsindustrie
aufzubauen – zeigen
deutlich, dass die ArbeiterInnenklasse sich für ihre eigenen
Interessen in
Bewegung setzen, dass sie organisiert werden kann und es
militante
GewerkschafterInnen und ArbeiteraktivistInnen gibt, die sich
dieser Aufgabe
verpflichtet haben.

Die vorliegende Resolution ist ein

Versuch, den LeserInnen die Bedingungen näherzubringen, unter welchen gekämpft wird. Sie soll ebenfalls dazu dienen, die sehr reiche, aber oft verfälschte oder vergessene revolutionäre und kommunistische Tradition auf diesem Arbeitsfeld zu vermitteln.

Pakistanischer Kapitalismus und die ArbeiterInnenklasse

Nach der neoliberalen Periode spekulativen Wachstums der Wende zum 21. Jahrhunderts traf die globale Krise des Kapitalismus Pakistan besonders hart. Das Land steht nicht nur im Zentrum einer ökonomischen, sozialen und ökologischen Krise, eines imperialistischen Krieges sowie nationaler und sozialer Unterdrückung, sondern auch zunehmender globaler Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten und Blöcken. Die andauernde Krise untergräbt immer mehr die soziale Basis des Staates. In der Konsequenz verschlechtern sich die Lebensbedingungen für die werktätigen Massen, für Millionen kleiner Bauern/Bäuerinnen und LandarbeiterInnen sowie für die städtische und ländliche ArbeiterInnenklasse.

Die ökonomische Krise führt dazu, dass eine wachsende Zahl kleiner und landloser Bauern/Bäuerinnen vom Land in die

Städte flieht. In Folge steigt dort der Anteil der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten. Wenn sie überhaupt in den Arbeitsmarkt aufgenommen werden, dann in den „informellen“ Sektor. Das Gleiche trifft für die wachsende Bevölkerung im Allgemeinen zu, im Speziellen für die Jugend des Landes. Für den Großteil von ihr bietet der Kapitalismus keine Zukunft mit stabiler Beschäftigung, mit regulierten Arbeitsbedingungen und anerkannten Arbeitsrechten. Ähnliches gilt für die Millionen von Flüchtlingen, die vor dem imperialistischen „Krieg gegen den Terror“ und vor etlichen Feldzügen gegen nationale Minderheiten fliehen mussten.

All das trägt zur weiteren Verschärfung der Arbeitsbedingungen in Pakistan bei. Tatsächlich arbeitet die Mehrheit aller Arbeitskräfte, die nicht auf dem Land arbeiten, im „informellen“ Sektor der Wirtschaft. Im Jahr 2014 waren 43,7 % der aller Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, 14,1 % in der Industrie und 38,2 % bei privaten Dienstleistungsfirmen und im öffentlichen Dienst. Die Mehrheit davon wird durch keinerlei Arbeitsregulierungen geschützt. Das trifft besonders auf die SaisonarbeiterInnen zu, die 75 % aller Lohnabhängigen im landwirtschaftlichen Bereich ausmachen. Für sie überwiegen „informelle“ Absprachen. Abhängig von Provinz oder Region sowie den sehr unterschiedlichen

Eigentumsformen auf dem Land schließt dies oft Ausbeutungsformen von Bauern/Bäuerinnen und LandarbeiterInnen ein, die stark an vorkapitalistische Gesellschaften erinnern, aber tatsächlich eine Erfindung moderner Zeiten sind. Unfreie Arbeit (z. B. Knechtschaft, Sklaverei), oft in der Form von Schuldknechtschaft, obwohl formal verboten, ist in einigen Gegenden weitverbreitet, z. B. in Ziegelbrennereien. Schätzungsweise unterliegen rund 2 Millionen ArbeiterInnen diesem Zwangssystem.

Informeller Sektor

Heute sind rund 40 Millionen, die Mehrheit der rund 65 Millionen Lohnabhängigen, in Industrie und im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Etwa 20 % davon sind Frauen. Die erdrückende Mehrheit, rund drei Viertel, ist im „informellen“ Sektor beschäftigt. Viele arbeiten als TagelöhnerInnen im so genannten „Kontraktsystem“ (System der Vertragsarbeit), welches sich in den vergangenen zwanzig Jahren weiter ausgebreitet und „dereguliert“ hat. Dies ist nicht zuletzt aufgrund des Drucks des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der asiatischen Entwicklungsbank und anderer internationaler Finanzinstitutionen, aber auch des

pakistanischen Kapitals selbst erfolgt.

Für die ArbeiterInnen dort gibt es keine Regulierungen, die ihre Arbeitsbedingungen bestimmen. Es gibt keinen bezahlten Urlaub, keine Arbeitssicherheit, keine Krankenversicherung und keine, oder fast keine, Begrenzung der täglichen Arbeitszeit – dementsprechend auch keine bezahlten Überstunden. Gleichzeitig betrachten die herrschende Klasse und die imperialistischen Institutionen diesen Teil der Wirtschaft als den „dynamischsten“. Tatsächlich haben IWF und Weltbank wiederholt den Ausbau dieses Sektors und die Abschaffung selbst der laxesten Arbeitsgesetze eingefordert und bewilligt bekommen.

Per Definition ist es schwer, genaue Zahlen über diesen Sektor zu erheben. 2007 wurde geschätzt, dass aus der Gesamtzahl von 49,09 Millionen Erwerbstätigen zu dieser Zeit nur 17,66 Millionen als angestellt galten, während 16,77 Millionen selbstständig und 14,2 Millionen unbezahlte „FamilienhelferInnen“ im informellen Sektor waren. Während die ArbeiterInnenklasse seitdem massiv gewachsen ist und sich ihre Zusammensetzung geändert haben mag, verschaffen diese Zahlen einen Einblick in die verschiedenen Formen von „Arbeit“, die der „informelle“ Sektor umfasst. Es sollte ebenfalls zur Kenntnis genommen werden, dass viele

ArbeiterInnen im „informellen“ Sektor nach Stücklohn bezahlt werden und viele der ArbeiterInnen zu Hause oder in kleinen, gefährlichen Klitschen arbeiten. Das heißt auch, dass die ArbeiterInnenklasse zu einem großen Teil zersplittert und fragmentiert ist, gefangen in beinahe „atomisierten Strukturen“ durch das Verlagssystem und die effektive Aushebelung jeglicher Arbeitsrechte.

Dieses System ist eng verbunden mit der Arbeitsteilung innerhalb der ArbeiterInnenklasse und verschiedenen Formen der sozialen Unterdrückung. Zwar ist in den vergangenen Jahrzehnten der Anteil weiblicher Arbeitskräfte gestiegen, dies erfolgte aber überwiegend im „informellen“ Sektor. In der Heimarbeitsindustrie stellen Frauen die Mehrheit. Ihre Überausbeutung wird oft durch Patriarchat und Frauenunterdrückung verstärkt. Sie erhalten niedrigere Löhne und sind von sexueller Belästigung und Einschüchterung sowie Nichtbezahlung hergestellter Produkte betroffen. Auch sind sie meist vollkommen von anderen ArbeiterInnen abgeschottet. Sie stellen einen der am stärksten ausgebeuteten Teile der pakistanischen Beschäftigten, der systematisch unter den eigenen Reproduktionskosten bezahlt wird. Dies verstärkt ihre ökonomische Abhängigkeit von Familie und Ehemann und dadurch ihre Unterdrückung. Andere zentrale Gruppen des „informellen“ Sektors sind Kinder,

Jugendliche, unfreie ArbeiterInnen und MigrantInnen, die entweder aus Kriegsgebieten oder verarmten ländlichen Gebieten geflohen sind. Während Sexismus sowie die Unterdrückung nationaler und religiöser Minderheiten nicht auf diesen Sektor beschränkt sind, spielen sie eine Rolle dabei die ArbeiterInnenklasse zu spalten und ihre Unterdrückung zu verstärken.

In Pakistan gilt in den meisten Provinzen offiziell ein Mindestlohn von 13.000 Rupien (ca. 135 Euro) monatlich. Dieser Betrag ist vollkommen unzureichend, um auch nur einen geringen Lebensstandard sicher zu stellen. Erstens gilt dieser Mindestlohn in wichtigen Bereichen nicht, unter anderem in großen Teilen der Landwirtschaft und im „informellen“ Sektor, in dem Stücklohn dominiert und es Ausnahmeregelungen vom Recht für Überstundenbezahlung gibt. Zweitens wird der Mindestlohn nicht konsequent durchgesetzt. Selbst wenn er bezahlt wird, kann er nicht den Lebensunterhaltung für eine Familie durchschnittlicher Größe decken, d. h. für 6–8 Personen, von denen zwei ein Einkommen haben.

Dem Bericht des „Labour Survey“ von 2012–2013 zufolge betrug das Durchschnittseinkommen in diesem Zeitraum 10.240 Rupien, also weniger als der damalige Mindestlohn von 12.000 Rupien. Doch

selbst diese Zahl verdeckt den Umstand, dass 24,59 % weniger als 5.000 Rupien und 43,83 % zwischen 5.000 und 10.000 Rupien verdienten. Der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern ist enorm. Während Männer damals im Schnitt 11.074 Rupien verdienten, gab es für Frauen nur durchschnittlich 5.789 Rupien. LandarbeiterInnen verdienten im Schnitt rund 6.221 Rupien im Monat.

Das bedeutet, dass praktisch die Mehrheit der ArbeiterInnenklasse gezwungen ist, unter den Reproduktionskosten ihrer eigenen Arbeitskraft zu leben. Die meisten ArbeiterInnenfamilien in Pakistan sind daher gezwungen, ihre Kinder arbeiten zu lassen, um ihr Einkommen abzusichern. Es ist nicht überraschend, dass große Teile der Klasse aus ungelernten ArbeiterInnen bestehen, die leicht durch andere Arbeitskräfte ersetzt werden können. Mehr als die Hälfte der gesamten ArbeiterInnenklasse in Stadt und Land sind AnalphabetInnen. Dieser Umstand wird durch die Überausbeutung nicht nur bedingt, sondern regelmäßig reproduziert. Einkommen unterhalb der Familienreproduktionskosten erzwingen, dass Kinder und Jugendlichen zur Arbeit als noch schlechter bezahlte „Hilfskräfte“ geschickt werden. Damit ist für die Mehrheit jeder neuen Generation eine Zukunft als ungelernete ArbeiterInnen vorgegeben, weil sie die Schule nicht

beenden oder
keine Berufsausbildung erhalten.

Die Konkurrenz zwischen diesen
ArbeiterInnen wird wiederum durch den andauernden Druck der
Arbeitslosigkeit
erhöht. Zwar sprechen die offiziellen Zahlen von nur 5–6 %,
doch auch
diese Zahl ist irreführend. Denn als „beschäftigt“ gilt laut
Definition in
einigen Studien bereits, wer mehr als eine Stunde pro Woche
arbeitet. Während
also Unterbeschäftigung weitverbreitet ist, sind Überstunden
ein ebenso
verbreitetes Phänomen – oft unbezahlt. Mehr als ein Drittel
aller Arbeitskräfte
arbeitet mehr als 49 Stunden pro Woche. In den städtischen
Zentren ist es gar
die Hälfte.

Der Begriff „informeller“ Sektor
umfasst eine Vielzahl wirtschaftlicher Aktivitäten, sowohl in
er Industrie als
auch im Dienstleistungsbereich
(und damit produktive und unproduktive Arbeit im marxistischen
Sinn). Dazu
zählen ebenfalls halbproletarische Schichten in Stadt und
Land. Auch das
Verlagssystem, selbst ein Teil dieses Sektors, kann
unterschiedliche Formen
annehmen. ArbeiterInnen können über eine dritte Partei (eine
Mittelsperson oder
eine Agentur) unter Vertrag gestellt werden, um in einem
Betrieb oder einer
Werkstatt zu arbeiten. Sie können scheinselfständig oder mit

Kurzzeitverträgen direkt beschäftigt sein.

Die Existenz dieses riesigen Sektors bedeutet als solche enorme Probleme für die gewerkschaftliche Organisation, geschweige denn Aktion. Der/Die scheinselfbstständige ArbeiterIn ist kaum in der Position, „Streikaktivitäten“ an den Tag zu legen, aber auch die ArbeiterInnen in der Heimarbeitsindustrie sehen sich bedeutenden Problemen ausgesetzt, insbesondere, wenn sie wirklich zu Hause arbeiten. Auf sich allein gestellt verfügen sie praktisch über keine Verhandlungsmacht. Dort wo es Arbeitskämpfe in Kleinstbetrieben gegeben hat, waren sie oft mit der Notwendigkeit verbunden, eine ganze Gemeinde oder ein ganzes ArbeiterInnenviertel zu organisieren.

Das System der Vertragsarbeit (Kontraktarbeit)

Der „informelle Sektor“ und das System der Vertragsarbeit sind nicht nur auf kleine Betriebe und Heimarbeit beschränkt. Ein bedeutender Teil der LohnarbeiterInnenschaft ist durchaus in der Industrie beschäftigt und arbeitet dort unter widrigen Bedingungen. In weiten Teilen des privaten Sektors gibt es praktisch keine gewerkschaftliche Organisation. Dementsprechend ist die Ausbeutungsrate dort

sehr hoch. Oft produzieren private Unternehmen, wie im Fall der Textilindustrie, auch für den Weltmarkt. Hier liegt ein „Verlagssystem“ auf einem höheren Niveau vor.

Kleinere KapitalistInnen beschäftigen eine große Zahl ArbeiterInnen, wobei staatliche Arbeitsregulierungen ignoriert und umgangen werden. Die produzierten Güter wiederum werden von einer kleinen Zahl von Monopolen der großen imperialistischen Nationen abgenommen. Das trifft insbesondere auf die Textilindustrie, aber auch auf den Agrarsektor und die Nahrungsmittelindustrie zu.

Die Privatisierung ganzer Industrie-Unternehmen hat eine Ausweitung des Verlagssystems auf die industrielle Wirtschaft zur Folge gehabt. Beispielsweise wurde die Chemiefabrik Ittehad unter der Regierung der Pakistani Peoples Party (Pakistanische Volkspartei; PPP) privatisiert. Von den damals 2600 Beschäftigten erhielten nur 30 einen dauerhaften Arbeitsvertrag. Die restlichen ArbeiterInnen wurden entlassen und entweder mit zeitlich begrenzten Arbeitsverträgen – dementsprechend ohne wirkliche Arbeitsrechte – wieder eingestellt oder durch KontraktarbeiterInnen ersetzt. Zwar gelang es der dortigen Gewerkschaft, die Zahl der permanent beschäftigten ArbeiterInnen innerhalb von sechs Jahren auf 284 anzuheben, allerdings sind derartige Erfolge aktuell eine Ausnahme. Dennoch beweist es, dass selbst im

Privatsektor Gewerkschaften existieren, die Teilerfolge erringen können.

Das pakistanische Kontraktssystem, insbesondere in der Heimarbeitsindustrie, enthält viele Merkmale des Verlagssystems und der Heimarbeit/Hausarbeit in der frühkapitalistischen Entwicklung Europas, wie Marx sie im Kapital beschreibt. Allerdings handelt es sich hierbei nicht um eine Hinterlassenschaft früherer, weniger entwickelter Produktionsverhältnisse, die allmählich verschwinden würden, wie manche glauben. Im Gegenteil, die heutige Form des Verlagssystems und andere „ältere“ Formen der Ausbeutung wurden auf Betreiben imperialistischen Monopolkapitals eingeführt und dehnen sich aus. Sie werden von (Sub-)Unternehmen angewandt, die wiederum an größere Kapitale im Bereich Textilien und Einzelhandel gebunden sind, die das gesamte System finanzieren und leiten.

Dieses System beinhaltet durchaus traditionelle Formen der sozialen Unterdrückung, von der Frauenunterdrückung, über vorkapitalistische Formen der Ausbeutung wie unfreie Arbeit, Schuldknechtschaft etc., bis hin zur Unterdrückung nationaler und religiöser Minderheiten, die zum Teil Jahrhunderte zurückreichen. Dennoch sollten RevolutionärInnen und ArbeiteraktivistInnen verstehen, dass diese Elemente durch den Monopolkapitalismus aufgegriffen und erzwungen werden. Sie

reproduzieren somit
die imperialistische Aufteilung des Weltmarktes und sie
liefern an globale
Produktionsketten. Dies ist besonders wichtig, da Liberale
sowie
sozialdemokratische und stalinistische ReformistInnen diese
rückständigen
Formen als Überbleibsel vorkapitalistischer Ausbeutung und des
Patriarchats
verstehen, die durch die Einführung sozialer Reformen und
Arbeitsregulierungen
wie im Westen überwunden werden könnten.

In Wahrheit kann die Zunahme dieser
Verhältnisse nur im Zusammenhang mit der imperialistischen,
d. h. der
gegenwärtigen globalen Weltordnung verstanden werden, auch
wenn informeller
Sektor und Verlagssystem traditionelle Ausbeutungs- und
Unterdrückungsmethoden
verwenden. Die Erfordernisse des Imperialismus bilden den Kern
für die
Ausdehnung des „informellen“ Sektors, die Einsetzung des
Verlagssystems und die
Erzwingung und Verschärfung von Frauenunterdrückung und
Kinderarbeit. Daher muss der Kampf für
ArbeiterInnenrechte und die Gleichberechtigung der
Geschlechter, Nationalitäten
und Religionen aller ArbeiterInnen mit dem Kampf gegen
imperialistische
Ausbeutung Pakistans verbunden werden.

Natürlich ist die ArbeiterInnenklasse
Pakistans nicht auf den informellen Sektor beschränkt. In
Privatindustrie und

-gewerbe, in kleinen Betrieben sind ArbeiterInnen im Allgemeinen unorganisiert, aber selbst in größeren Betrieben ist ihr Organisationsgrad sehr niedrig. Die Gründe dafür sind jedoch andere als in Kleinindustrie und Handwerk. Sie sind das Ergebnis von Niederlagen, die auf die historische, dramatische Zerschlagung der linken, recht militanten Gewerkschaftsbewegung unter Zias Diktatur ab den 1970ern und auf die Durchsetzung neoliberaler Reformen nach dem Kalten Krieg zurückgehen.

Generell sind ArbeiterInnen im öffentlichen Sektor besser organisiert als in der Privatwirtschaft. Und trotz neoliberaler Reformen und Privatisierungen gibt es nach wie vor wichtige Unternehmen wie die Fluggesellschaft PIA (Pakistan International Airlines), Energieunternehmen, die Bahn und Teile des Gesundheitssektors, die sich nach wie vor in staatlichem Besitz befinden. Einige dieser Belegschaften sind relativ militant, verfügen über eine starke Stellung in der Wirtschaft und genießen Unterstützung aus der Bevölkerung wie beispielsweise die ArbeiterInnen im Gesundheitsbereich.

Gewerkschaften

und Arbeitsgesetze

Während es schwer ist, genaue Zahlen zu erheben, befindet sich die deutliche Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen im öffentlichen Dienst. Insgesamt ist die Gewerkschaftsdichte jedoch sehr niedrig und das nicht nur aufgrund des beinahe vollkommen unorganisierten informellen Sektors. Eine Erhebung von 2007 ergab, dass 1,3 Millionen ArbeiterInnen Mitglied einer Gewerkschaft sind. Während gesagt werden muss, dass diese Studie nur „anerkannte Gewerkschaften“ berücksichtigte und bedeutende Organisationen wie die LQM ausgeschlossen waren, sind dennoch nur rund 2 Prozent der pakistanischen Arbeitskräfte gewerkschaftlich organisiert. Weiterhin ist nur ein Teil davon durch kollektive Gehaltsvereinbarungen abgesichert. 2007 waren es nur 800.000 von den 1,3 Millionen. Diese Zahlen variieren deutlich, je nachdem, auf welche Quellen man sich bezieht. Doch es unterliegt keinem Zweifel, dass abgesehen von wenigen Branchen und Unternehmen die Gewerkschaften im Land klein, fragmentiert und viele von ihnen nicht einmal offiziell anerkannt sind. Viele werden nicht als Verhandlungs„partnerinnen“ akzeptiert und die meisten sind tatsächlich zu schwach, sich als solche durchzusetzen.

Während im informellen Sektor kaum Gewerkschaften zu finden sind, sind anerkannte Gewerkschaften in der Privatwirtschaft tendenziell oft von den Unternehmen, in denen sie operieren, selbst gegründet. Sie sind „gelbe Gewerkschaften“ an den Fäden der UnternehmerInnen, mit dem Zweck, andere Gewerkschaften im Betrieb zu bekämpfen oder deren Gründung ganz zu verhindern. Falls diese nicht verhindert werden kann, versuchen die Unternehmen durch die „gelben Gewerkschaften“ die Betriebswahlen der ArbeiterInnen zu gewinnen. In den schlimmsten Fällen waren derartige Gewerkschaften oder ihre FührerInnen selbst bei der Einstellung von prekär Beschäftigten beteiligt. Sie agieren dementsprechend als Teil des Verlagssystems.

Die Gewerkschaftsbewegung ist nicht nur durch ihre geringe Mitgliederzahl und die Einbindung derartiger Unternehmergewerkschaften geschwächt, sie ist auch sehr zersplittert. Es gibt insgesamt rund 8.000, meist sehr kleine Gewerkschaften und 28 Verbände. Aufgrund der geringen Größe und fehlenden Verhandlungsmacht sind nur rund 2.500 Einzelgewerkschaften tatsächlich in der Lage, Löhne und Arbeitsverhältnisse mittels anerkannter Tarifverträge auszuhandeln.

Verglichen

mit den 1970er und auch den 1980er Jahren kann man einen deutlichen Rückgang des Organisationsgrads feststellen. Zwar ist die Zahl der insgesamt gewerkschaftlich Organisierten in einigen Sektoren gestiegen, dies muss jedoch in Relation zu einer bedeutend größeren GesamtarbeiterInnenklasse als in den 1960er und 1970er Jahren gesehen werden. In wichtigen Zweigen hingegen ist der Organisationsgrad aufgrund von Privatisierung und Verkleinerung der Belegschaften in solchen Firmen zurückgegangen. Die Arbeitskräftezahlen privatisierter Industrieunternehmen sind von 90.000 (1991) auf 29.000 (2002), im gleichen Zeitraum bei Bank- und Finanzinstituten von 100.000 auf 71.000, in der Elektrizitätswirtschaft von 165.000 auf 130.000 und in der Telekommunikation von 66.000 (2007) auf 15.000 (2016) mit weiteren 7.000 in den kommenden Monaten hier bedrohten Arbeitsplätzen zurückgegangen.

Ein weiteres Problem neben der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung sind die Arbeitsgesetze und die Reglementierungen der Gewerkschaften, die in den vergangenen Jahrzehnten eingeführt worden sind und die die ArbeiterInnenrechte immer stärker einschränken. In einer Reihe von Bereichen, insbesondere der Landwirtschaft, ist gewerkschaftliche Organisation praktisch verboten. Dies

trifft ebenfalls auf weite Bereiche des öffentlichen Dienstes, des Gesundheits- und Bildungswesens, auf Freihandelszonen und natürlich die Wirtschaftsbetriebe der Armee zu. Das bedeutet keinesfalls, dass es hier keine Auseinandersetzungen gibt. Aber sie finden unter Bedingungen statt, in denen selbst geringste Arbeitsrechte nicht gewährleistet sind.

Diese reaktionären Gesetze verleihen den Regierungen, der nationalen wie den regionalen, die Macht, die Dauer von Streikaktionen zu beschränken und die Anerkennung zu verweigern. Streiks können für illegal erklärt werden, wenn sie vorgeblich die öffentliche Ordnung gefährden oder öffentliche Dienstleistungen für die Bevölkerung einschränken. Zusätzlich können sie zum Ziel der „Anti-Terror-Gesetze“ und damit verbundener Bestimmungen werden, die es der Regierung erlauben, widerständige öffentliche Beschäftigte zu entlassen oder in andere Landesteile zu versetzen.

GewerkschafterInnen und ArbeiterInnen besonders im öffentlichen Sektor sehen sich darüber hinaus außerordentlicher Repression über den Jobverlust hinaus ausgesetzt, die von Einschüchterung zu physischen Übergriffen selbst mit Todesdrohungen reichen, falls sie ökonomische Kämpfe führen. Die Repression ist jedoch besonders hoch,

wenn sie sich in politischer Solidarität mit den national Unterdrückten oder den Opfern staatlicher Kriegstreiberei engagieren. Die Streikaktionen bei der PIA im Jahr 2016 haben gezeigt, dass selbst elementare Gewerkschaftsaktivitäten und Aktionen wie Streiks gegen die Privatisierung ihrer Fluggesellschaft dazu führen können, dass ArbeiterInnen durch Paramilitärs oder staatliche Kräfte getötet werden. Unternehmen im privaten Sektor hingegen greifen auf den Einsatz von GangsterInnen zurück, um ArbeiterInnen einzuschüchtern und sie davon abzuhalten sich zu organisieren. Im Fall der LQM taten sich Staat und Bosse ganz direkt zusammen, um zentrale FührerInnen für Jahrzehnte ins Gefängnis zu bringen mit dem klaren Ziel, ganze ArbeiterInnenorganisationen dadurch zu zerstören.

Dieses

System direkter und gewaltsamer Unterdrückung wird durch eine Reihe anderer Mechanismen ergänzt. Einerseits sind die Einbindung von GewerkschaftsfunktionärInnen und -führerInnen durch Einschüchterung, aber auch Bestechung und simple Korruption zu nennen. Auch die systematische Einbindung in Institutionen der Klassenzusammenarbeit wie das dreiteilige Absprachesystem oder gemeinsame Kampagnen für „islamische Werte“, damit sich ArbeiterInnen und Bosse mit „Respekt“ begegnen, kommen zu Anwendung. Letztere sind jedoch bisher

nicht sehr entwickelt. Während die pakistanischen Gewerkschaften schwach und zersplittert sind und die ArbeiterInnenaristokratie klein ist, gibt es dennoch eine erhebliche Zahl von GewerkschaftsführerInnen, die ihre eigenen Interessen vor jene ihrer Basis stellen. So gibt es auch in Pakistan eine, wenn auch kleine bürokratische und zur Zusammenarbeit bereite Schicht, die bedeutenden Einfluss ausübt und trotz ihres geringen Umfangs die meisten Gewerkschaften kontrolliert. Privilegien entspringen jedoch meist nicht institutionell festgelegten höheren Löhnen, sondern „kleineren“ Nebeneinkünften wie einem Auto oder Büro und natürlich noch wirksamer mehr oder weniger offener Bestechung und Korruption. Der Kampf darum, diese parasitäre Kaste ihrer Vereinnahmung der Gewerkschaften zu berauben, ist ein zentraler Bestandteil in der Wiederbelebung der bestehenden Gewerkschaften sowie der Schaffung neuer, um bisher unorganisierte Schichten zu erreichen.

Gewerkschaften und Politik

Die Niederlagen der Gewerkschaften in den 1979ern und 1980ern haben zu einer massiven Schwächung der Gewerkschaften im Privatsektor geführt, die die Hochburg der (radikalen) Linken gewesen sind, oft von MaoistInnen oder moskautreuen StalinistInnen. Der

Bedeutungsverlust

dieser Gewerkschaften und die damit verbundene Desorientierung haben nicht nur die gesamte Gewerkschaftsbewegung geschwächt, sondern auch den Einfluss der Linken innerhalb der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften im öffentlichen

Sektor sind traditionell stärker an den Staat gebunden und politisch „neutral“

oder „unpolitisch“. Sie waren auch nicht in demselben Maß von Einflussverlust

betroffen. Sie geraten aber zunehmend unter Druck, wie man anhand der Beispiele

von PIA, Bahn und WAPDA sehen kann. Trotz Ausnahmen wie bei PIA und der

Eisenbahn ist die Linke jedoch historisch schwach in diesem Bereich

aufgestellt. Dies ist nicht nur die Folge der Repression durch den Staat,

sondern auch, weil insbesondere maoistische Organisationen alle Gewerkschaften

in diesem Bereich als „reaktionär“ und „gelb“ charakterisierten. Sie forderten

diese Gewerkschaften zu Spaltungen auf und traten für den Aufbau „roter

Gewerkschaften“ ein. Diese verspätete Version der Politik der „Dritten Periode“

hat, wie üblich, tatsächlich dem Staat und der Gewerkschaftsbürokratie in die

Hände gespielt, die nach wie vor „ihre“ Gewerkschaften kontrollieren – frei von

organisierter linker Opposition. Heute sind viele dieser vermeintlich „gelben“

Gewerkschaften von Staatsangriffen betroffen und daher dazu gezwungen,

zumindest begrenzte Kämpfe zu führen.

Gerade in diesen Bereichen konnte eine gewisse Organisationsstärke beibehalten werden. Der öffentliche Dienst stellt den größten Teil des „formellen Sektors“ der Wirtschaft. Hier gibt es kollektive Verhandlungen, einen gewissen Arbeitsschutz und eine höhere Arbeitsplatzsicherheit. Er ist aber auch der Ort, an dem die ArbeiterInnenbürokratie ihre Stütze findet. Hier gibt es auch in einem begrenzten Rahmen so etwas wie Sozialpartnerschaft. Eine Reihe von gemeinsamen Dreiergremien (Tripartite) aus Staat, KapitalistInnen und Belegschaft wie die Dreiparteienarbeitskonferenz, Komitees zur Festsetzung des Mindestlohns auf Provinzebene, das Nationalkomitee für Kinderrechte und das Nationale Führungsgremium für unfreie Arbeit sowie parlamentarische oder ministerielle Gremien wie der „Sozialfonds“ beinhalten alle GewerkschaftsrepräsentantInnen.

Während die meisten Gewerkschaften formal „unpolitisch“ sind, pflegen sie oder zumindest ihre Führungen oft enge Beziehungen zu – allgemein gesprochen – bürgerlichen politischen Parteien. Das kann durch enge persönliche Verbindungen der FührerInnen, durch Mitgliedschaft in einer der Vorfeldorganisationen für ArbeiterInnen einer der Parteien oder am wahrscheinlichsten durch die

Unterstützung der jeweils regierenden Partei oder jener, die am wahrscheinlichsten die nächste Wahl in einem bestimmten Bezirke gewinnen wird, erfolgen.

Ob eine Gewerkschaft eine Partei unterstützt, und wenn ja – welche, ist durch die Führung oder den/die Vorsitzende/n bestimmt. Die Mitgliedschaft wird nicht befragt, wird in der Regel meist auch nicht informiert. Möglicherweise wissen die Mitglieder nicht einmal, welche politische Orientierung ihre Führung befürwortet. Das ist nur ein Aspekt fehlender Gewerkschaftsdemokratie und Basiskontrolle. Man kann sagen, dass die meisten GewerkschaftsführerInnen die Mitglieder als ihre AnhängerInnen statt als jene sehen, die das Sagen in der Gewerkschaft haben sollten. Daher existiert Demokratie, wenn überhaupt, nur auf einer formalen Ebene. Die meisten Mitglieder sind dementsprechend passiv und werden passiv gehalten. Aktive Teilhabe gibt es nur in Auseinandersetzungen selbst.

Zersplitterung, Schwäche und Niederlagen haben zu einer Situation geführt, in der die AnführerInnen der größeren Gewerkschaften in Bereichen, in denen sie Apparate bilden und diese institutionell an den Staat oder in seltenen Ausnahmen an Firmen binden können, aber auch die AnführerInnen

kleineren Gewerkschaften diese als „ihr“ Eigentum begreifen. Auch wenn sie sich über reale Probleme von Spaltung und geringem Organisationsgrad beschweren, wollen sie dennoch „ihre Gewerkschaften“ nicht aufgeben. Genauer gesagt wollen sie ihre Posten nicht aufgeben und sehen daher Fusionen von Gewerkschaften als potentielle, wenn nicht sogar entscheidende Gefahren.

Die Tradition der Linken ist unglücklicherweise nicht allzu verschieden von denen „gewöhnlicher“ GewerkschaftsfunktionärInnen. In von linken Organisationen geführten Gewerkschaften bringen ihre FührerInnen eine politische Orientierung ihrer Gewerkschaft auf eine linke Organisation zum Ausdruck, ohne ihre Basis zu befragen oder informieren. In diesem Sinne erklärte das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (KAI/CWI, deutsche Sektion: SAV) einst, eine Konföderation von rund einer halben Million Mitgliedern sei „die Gewerkschaft ihrer Sektion“, weil sie ihre Führung beanspruchte. Auch hier waren die Mitglieder über diese „Angliederung“ weder befragt noch informiert worden. Für die Arbeit und die Aktionen der Gewerkschaft machte die Angliederung praktisch keinen Unterschied.

Dies spiegelt einen weitverbreiteten Fehler vieler Gruppen der pakistanischen

Linken wider. Sie folgen oft tragischerweise, öfter jedoch als Farce den Traditionen des „roten GewerkschafterInnentums“ der ultralinken „Dritten Periode“ unter Stalin.

Unglücklicherweise missverstehen auch Organisationen trotzkistischen Ursprungs diese Politik als „kommunistische Tradition“. Tatsächlich stellt sie eine Abweichung von den revolutionären Positionen der ersten vier Kongresse der Kommunistischen Internationale dar.

Weite Teile der pakistanischen Linken lehnen einerseits den Kampf für vereinte, demokratische und klassenkämpferische Branchengewerkschaften, die alle ArbeiterInnen einer Industrie oder Branche umfassen und wiederum in einer nationalen Konföderation aller Gewerkschaften zusammengeschlossen sind, ab. Andererseits ist ihr Eintreten für „rotes“ oder „politisches GewerkschafterInnentum“ politisch hohl. Was sie in diesem Kontext als „politisch“ bezeichnen, ist nicht mehr als die formale (und manchmal von den Mitgliedern verheimlichte) Angliederung an eine politische Partei. Was jedoch vollkommen fehlt, ist eine Auseinandersetzung, um die Gewerkschaften für ein politisches Programm zu gewinnen, das die Begrenzungen „reinen GewerkschafterInnentums“ aufhebt. Dafür braucht es jedoch eine Politisierung der Aktivität und Arbeit der Gewerkschaften, die Hebung des

politischen Bewusstseins ihrer Mitglieder und Förderung der Eigenaktivität der Klasse.

Wenn man sowohl das Verhältnis zwischen Basis und Führung als auch die gewerkschaftlichen Aktionen der „linken“ mit denen der „rechten“ Gewerkschaften vergleicht, sind Unterschiede oft schwer auszumachen. Das ist die denkbar schlimmste Verurteilung für die „linke“ GewerkschaftsführerInnen in Pakistan. Sie agieren rein routinemäßig, beschränken „ihre“ Gewerkschaften auf rein ökonomische Kämpfe und Themen und vermeiden politische Klassenkämpfe. Solidarität mit anderen ArbeiterInnen drückt sich nur selten in mehr als Worten oder symbolischen Aktionen aus – wenn überhaupt. Eine derartige Herangehensweise führt nicht zu „linken“ oder „sozialistischen“ Gewerkschaften, mit welcher politischen Organisation die Gewerkschaft auch immer verbunden sein mag. Sie reproduziert nur das Modell des letztlich bürgerlichen GewerkschafterInnentums und die Trennung zwischen ökonomischem und politischem Kampf.

Die monopolisierte Kontrolle der FührerInnen, die die Basis auf „AnhänglerInnen“ reduziert, ist ein weiterer Ausdruck dessen. Eine derartige Herangehensweise reproduziert Passivität und politische Rückständigkeit unter den ArbeiterInnen.

Wenn die herrschende Klasse soziale, politische oder ideologische Angriffe durchführt, sind sie zwangsläufig isoliert und individualisiert. Das spiegelt sich im Besonderen im Umgang mit sozialer Unterdrückung wider. Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gibt es weitverbreitete Ignoranz oder gar offen reaktionäre Positionen zur gesellschaftlichen Unterdrückung von Frauen, Jugendlichen, nationalen und religiösen Minderheiten. Auch in der Kriegsfrage, den Positionen zu Imperialismus und demokratischen Rechten gibt es erhebliche Schwächen.

Eine zentrale Schwäche der Linken zeigt sich nicht nur in der Unfähigkeit, die Unorganisierten zu organisieren sowie die Gewerkschaften auf einer demokratischen und klassenkämpferischen Basis zu vereinigen, sondern vor allem darin, sich für den Aufbau einer Massenpartei der ArbeiterInnenklasse einzusetzen. RevolutionärInnen sollten sich das zum Ziel in den Gewerkschaften, am Arbeitsplatz, in den Städten und auf dem Land nehmen. Gerade die Gewerkschaften sollten eine zentrale Rolle in der Formierung einer solchen Partei spielen. Das Versagen der AWP dabei ist ein entscheidender Grund für ihr Stagnieren, ja ihr Schrumpfen seit ihrer Gründung. Daher bleibt sie bis heute kaum mehr als die Fusion dreier linker Organisationen, die die Führungspositionen untereinander aufgeteilt haben. Sie ist deshalb nicht in der

Lage, als ernsthafter Sammelpunkt für ArbeiterInnen, GewerkschafterInnen und ganze Gewerkschaften zu wirken, die nach einer von den bürgerlichen Parteien Pakistanische Muslimliga-Nawaz (PML-N), Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit (PTI) oder Pakistanische Volkspartei (PPP) unabhängigen ArbeiterInnenpartei Ausschau halten.

Die Gewerkschaftsbewegung wiederbeleben

Das Fehlen einer ArbeiterInnenpartei ist selbst ein wichtiger Grund für die Schwäche der Gewerkschaften des Landes. In Anbetracht der enormen politischen und sozialen Hindernisse, die der Arbeiterinnenklasse bei dieser Aufgabe bevorstehen, sowie dem repressiven Charakter des Staates muss uns klar sein, dass die gewerkschaftliche Organisation vieler bisher Unorganisierter selbst eine politische Aufgabe ist. Es ist ein Fehlschluss anzunehmen, dass eine neue ArbeiterInnenpartei als Ergebnis des erfolgreichen Aufbaus neuer oder der Wiederbelebung alter Gewerkschaften entstehen wird. Tatsächlich stellt die aktuelle Lage die Aufgabe andersherum. Der Aufbau von kämpfenden Massengewerkschaften und die Organisation bisher unorganisierter Schichten erfordert die Anleitung einer politischen Partei.

Die besonders schweren Bedingungen, denen sich die ArbeiterInnenklasse ausgesetzt sieht, sind selbst ein Ausdruck der krisenhaften und halbkolonialen Natur des pakistanischen Kapitalismus. GewerkschafterInnen und ArbeiteraktivistInnen, die Gewerkschaften an ihrem Arbeitsplatz oder in ihrer Branche aufbauen wollen, müssen dies in der Entwicklung ihrer Strategien anerkennen. Jede Beschränkung auf „reines“ GewerkschafterInnentum würde im besten Falle nur die Fehler der bestehenden Gewerkschaften und ihrer Vorstände wiederholen. Entweder würde es zu ultralinken Tendenzen und der Formierung „roter Gewerkschaften“, die andere Sektoren unberührt lassen, oder zu einem ökonomistischen Schema führen. Letzteres würde bedeuten, die Gewerkschaften „unpolitisch“ zu halten, die Notwendigkeit einer ArbeiterInnenpartei abzulehnen, die unabhängig von den Parteien der Bosse die Entwicklung der gesamten Gewerkschaftsbewegung als Schlüsselinstitution vorantreibt.

Revolutionäre Gewerkschafts- und Betriebsarbeit muss als Aspekt des Klassenkampfes der gesamten ArbeiterInnenklasse begriffen werden. Das Ziel dieser Arbeit ist daher auch, die Begrenzung reinen GewerkschafterInnentums zu überwinden. Das darf natürlich keinesfalls bedeuten, unmittelbare Forderungen der Arbeitenden zu vernachlässigen und dem Kampf für Reformen sowie begrenzte Verbesserungen den Rücken zu kehren. Es bedeutet jedoch, diese Kämpfe bewusst

in eine weitere
Perspektive, eine sozialistische Strategie für die Befreiung
der gesamten
ArbeiterInnenklasse, den Kampf für die sozialistische
Revolution in Pakistan
einzubetten.

Um die Schwäche und Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung
zu
überwinden, braucht es zuerst ihre gemeinsamen Aktionen. Ein
zentraler Aspekt
ist dabei die Rücknahme aller Gesetze gegen die Aktivitäten
der
ArbeiterInnenklasse oder der Gewerkschaften durch den Staat!
Es braucht eine
vereinte, politische Kampagne aller Gewerkschaften und
ArbeiterInnenorganisationen (linke Parteien, Initiativen
etc.), um dies zu
verwirklichen.

Jeder Bereichskampf, sogar jeder Versuch, ArbeiterInnen
gewerkschaftlich zu organisieren, trifft schnell auf die
Grenzen dieser
reaktionären Gesetze, auf Klagen, Schikanen, Einschüchterung,
kleinere
Übergriffe sowie den Einsatz von Polizei und
Sicherheitskräften, die
ArbeiterInnen zusammenschlagen oder töten. Jede Initiative ist
mit diesen
Problemen konfrontiert, aber sie können nicht auf Betriebs-
oder gar
Branchenebene gelöst werden. Nur eine politische
Massenauseinandersetzung, die
in den Betrieben und Gewerkschaften ihre Wurzeln hat, könnte
sich dem durch

Großdemonstrationen, Streikposten, Sitzblockaden und dem Mittel des politischen Streiks entgegenstellen.

Gleichzeitig wirft diese wie andere Forderungen der ArbeiterInnen das Problem der Organisierung der Masse der Unorganisierten auf. Trotz oder zeitweise wegen der feindlichen Bedingungen haben die GewerkschaftsführerInnen den informellen Sektor“, das Kontraktsystem und LandarbeiterInnen im Allgemeinen vernachlässigt. Auch sind Sexismus und patriarchale Ignoranz weitverbreitet. Frauenunterdrückung wird nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch in den Gewerkschaften reproduziert. Das Gleiche gilt für die Jugend, die zunehmende Bedeutung in einem Land gewinnt, wo sie einen wachsenden Teil der (arbeitenden) Bevölkerung darstellt.

Das Ringen um Erhöhung der gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen muss deshalb mit einer Kampagne Hand in Hand gehen, die Gewerkschaften für alle ArbeiterInnenschichten zu öffnen und neue in zuvor unorganisierten Sektoren zu gründen. Alle sozial Unterdrückten – Frauen, Jugendliche, nationale Minderheiten – müssen über ein Recht auf gesonderte Treffen (Caucuses) innerhalb dieser Organisationen verfügen. Dieses Recht gilt, wo sie Probleme von Sexismus, Übergriffen, Diskriminierung, nationaler oder Jugendunterdrückung

sowie religiösen Sektierertums ansprechen können. So können die Gewerkschaften und andere ArbeiterInnenschichten vorwärtsgetrieben werden, um ihren Kampf zu unterstützen, die volle Beteiligung aller dadurch zu gewährleisten und diese Formen diskriminierenden Verhaltens in der Bewegung selbst zu bekämpfen.

Wir schlagen die engste Kooperation zwischen den Gewerkschaften für diese Aufgabe vor. Diese sollte jedoch nicht nur zwischen den Führungen bestehen, sondern auch die Basis über gemeinsame Treffen, an denen auch unorganisierte ArbeiterInnen, die sich engagieren wollen, einbeziehen. Kampagnen, die sich auf die Bildung gemeinsamer Aktionskomitees stützen, könnten nicht nur den Boden für die Schaffung neuer, sondern auch die demokratische und kämpferische Vereinigung bestehender Gewerkschaften voranbringen.

Die Kampagne zur Organisierung der Unorganisierten muss Hand in Hand mit einer zwecks Vereinigung bestehender Gewerkschaften auf demokratischer Klassenkampfgrundlage gehen. Die Führung muss durch ihre Mitglieder gewählt werden. Sie muss nach unten rechenschaftspflichtig und von unten abwählbar sein. Die Führung sollte den Entscheidungen jener folgen, die sie

repräsentiert.

So kann nicht nur auf beste Weise einem bürokratischen Führungsstil und bürokratischer Politik begegnet werden, sondern auch die Beteiligung einer breiteren Basis bewerkstelligt und damit das Selbstbewusstsein und politische Niveau der gesamten Mitgliedschaft gehoben werden. Dies ist in einem Land wie Pakistan von doppelter Wichtigkeit. Streiks, Besetzungen, jegliche Aktion der ArbeiterInnenklasse sind schnell der Repression durch Staat und reaktionäre Kräfte ausgesetzt. Um dem entgegenzutreten, braucht es ein Höchstmaß an Einheit unter den beteiligten ArbeiterInnen. Organisierte Streikposten und Selbstverteidigungsgruppen sind vonnöten. Diese bedürfen jedoch einer aktiven, sich selbst organisierenden ArbeiterInnenschaft in Betrieb und Branche sowie effektiver Solidaritätsaktionen seitens anderer Sektoren, um erfolgreich zu sein.

Für uns sind demokratische Gewerkschaften kein Widerspruch zu starken und entschlossenen Führungen im Kampf. Sie gewährleisten, dass die Führung für entschlossene ArbeiterInnenforderungen und nicht für halbherzige Kompromisse eintritt. Demokratische Gewerkschaften geben entschlossenen FunktionärInnen und KlassenkämpferInnen auch die Rückendeckung einer zielstrebigen und solidarischen ArbeiterInnenbasis.

Aktuell schlagen wir nicht „nur“ einen gemeinsamen Kampf für Gewerkschaftsrechte und Rücknahme aller Anti-Gewerkschaftsgesetze vor. Wir legen hiermit auch ein Aktionsprogramm vor, um das wir unseren Kampf entwickeln, Gewerkschaften vereinigen und neue in bisher unorganisierten Sektoren schaffen wollen.

Schlüsselforderungen für die nächste Periode

Kampf dem Kontraktsystem!

- Für ein Verbot des Verlags- und Leiharbeitssystems sowie unfreier Arbeit und anderer Formen „informeller“ Beschäftigung. Alle Formen vorkapitalistischer Ausbeutung müssen abgeschafft werden.
- Alle ArbeiterInnen sollten anhand von Gewerkschaften abgeschlossenen Verträgen eingestellt werden, die von den Gewerkschaften und lokalen ArbeiterInnenkomitees überwacht werden. Anstatt der Bezahlung nach Stückraten und anderen derartigen Zahlungsformen sollte das Arbeitsverhältnis nach der Länge des Arbeitstages oder der Arbeitswoche bezahlt werden. Alle Löhne und Arbeitsbedingungen sollten unter Vereinbarungen mit der jeweiligen Gewerkschaft und den ArbeiterInnen eines Betriebs fallen. Diese Verträge müssen Mindestregeln festsetzen, so dass ArbeiterInnen unterhalb der in ihnen festgelegten Bedingungen nicht zur Anstellung genötigt werden können.

Für ein existenzsicherndes Gehalt für alle ArbeiterInnen

- Wir kämpfen für einen Mindestlohn, der in allen Provinzen, in Stadt und Land, für Frauen und Männer, jung und alt gilt sowie von den Gewerkschaften festgesetzt wird. Die Gewerkschaften müssen jede Form der ungleichen Bezahlung, die auf Geschlecht, Nationalität, Alter oder religiöser Zugehörigkeit beruht, bekämpfen.
- Wir treten für eine gleitende Skala der Löhne ein, die an steigende Lebenshaltungskosten der ArbeiterInnenklasse gebunden ist, um den Auswirkungen der Inflation entgegenzuwirken. Der prozentuale Anstieg der Löhne sollte von Komitees aus Frauen der ArbeiterInnenklasse und den Gewerkschaften bestehen. ArbeiterInnenkomitees am Arbeitsplatz und in der Gemeinde müssen die tatsächliche Erhöhung von Löhnen und die Durchsetzung des Mindestlohns kontrollieren.

Gleiche Löhne und Bedingungen für Frauen, Kampf ihrer Diskriminierung und Belästigung

- Frauen müssen den gleichen Lohn wie Männer für gleiche Arbeit erhalten. Das Gleiche gilt für Jugendliche. Kinderarbeit unter einem Mindestalter von 15 Jahren muss verboten werden. Frauen sollten nicht nur gleich bezahlt werden, sondern jeder Form ihrer Diskriminierung muss entgegengetreten werden. Frauen müssen den gleichen Zugang zu grundlegender Schulbildung und Berufsausbildung erhalten, damit sie nicht zu

überwiegend ungelernter und schlecht bezahlter Arbeit gezwungen sind. Am Arbeitsplatz und in den Gemeinden soll es ganztägige, kostenlose und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung und Kindergärten geben. Damit wäre ein erster Schritt getan, um die Doppelbelastung von Haus- und Erwerbsarbeit für Frauen zu reduzieren und die Hausarbeit selbst zu sozialisieren.

Sozialversicherung, Rente und Krankengeld

- Alle ArbeiterInnen müssen freien Zugang zu Bildung und Ausbildung, zum Gesundheitswesen, zu Krankengeld und einer Rente haben, die es ihnen erlaubt, einen durchschnittlichen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Alle sollen einen Anspruch auf Mindesturlaub haben, der von der Arbeiterinnenbewegung festgelegt wird.
- Es bedarf massiver Besteuerung der KapitalistInnen, GrundbesitzerInnen und Superreichen, um die Verbesserung der öffentlichen Dienste, einschließlich eines breit angelegten Programms zur Ausbildung und Einstellung neuer LehrerInnen und Beschäftigter im Gesundheitswesen zu finanzieren.

Arbeitssicherheit

- Jedes Jahr werden tausende von ArbeiterInnen verletzt, dutzende, wenn nicht hunderte sterben aufgrund fehlender Sicherheitsbestimmungen und -standards am Arbeitsplatz. Daher braucht es ArbeiterInneninspektionen, die die

Sicherheitsstandards am Arbeitsplatz kontrollieren. Jene Arbeit„geber“Innen, die den Standards nicht entsprechen, müssen ohne Entschädigung enteignet und die verstaatlichten Betriebe unter ArbeiterInnenkontrolle geführt werden. Dasselbe gilt für jene Unternehmen, die die Umwelt verschmutzen, Flüsse in ArbeiterInnenvierteln vergiften und nicht einmal den bestehenden Umweltbestimmungen folgen. Auch sie sollen vor Gericht gebracht, enteignet und zur Entrichtung von Entschädigungen gezwungen werden.

Nein zu Privatisierungen, nein zum Internationalen Währungsfonds, für die Streichung aller Schulden

- Privatisierungen haben nicht nur zur massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen, der Ausweitung des Verlags- und Leiharbeitssystems und dem Rückgang gewerkschaftlicher Organisation geführt. Sie haben auch eine Verschlechterung öffentlicher Dienste und höhere Preise für die Mehrheit der Bevölkerung bewirkt. Der Staat und die imperialistischen Institutionen (Internationaler Währungsfonds, Weltbank etc.) fordern immer drakonischere Maßnahmen. Die ArbeiterInnenklasse muss dagegen in jedem Sektor vorgehen und für die Wiederverstaatlichung von privatisierten Industrien und Dienstleistungen ohne Entschädigung eintreten. Die Verbesserung bestehender Dienste muss auch hier durch die Besteuerung einheimischer wie ausländischer KapitalistInnen bezahlt werden.
- Die weitreichenden Privatisierungen und Beschneidungen von Arbeitsrechten in Pakistan sind nicht nur ein Resultat der Krise und der Interessen der heimischen herrschenden Klasse, sondern auch des ausländischen

Kapitals und der imperialistischen Institutionen. Daher kämpfen wir für die Streichung aller Auslandsschulden und die Rücknahme aller unter imperialistischen Konditionen diktierten Verträge, die dem Zweck dienen, Privatisierungen oder reaktionäre Arbeitsgesetze durchzusetzen.

Ein Programm öffentlicher nützlicher Arbeiten, ein Wirtschaftsplan im Interesse der Massen

- Die ökonomische, soziale und ökologische Krise des Landes, die Widersprüche zwischen Stadt und Land etc. kann nicht der Markt überwinden. Die Vorstellung, sie könnten auf solche Weise gelöst werden, ist utopisch.
- Die Gewerkschaften sollten ein Programm öffentlicher Arbeiten fordern, um die Infrastruktur, die Stromversorgung, den Zugang zu Wohnungen, sozialen Diensten, dem Gesundheits- und Bildungswesen zu verbessern. Das würde nicht nur Millionen neuer Arbeitsplätze schaffen, es wäre auch zu Gunsten der gesamten ArbeiterInnenklasse, der Bauern und Bäuerinnen sowie des KleinbürgerInnentums und der Mittelschichten in Stadt und Land. Ein solches Programm kann allerdings nur unter Maßgabe der Verstaatlichung der Banken, Großindustrie und -unternehmen unter ArbeiterInnenkontrolle durchgeführt werden.
- Unter ArbeiterInnenkontrolle, für die wir auf Schritt und Tritt auf allen Ebenen eintreten, verstehen wir jedoch nicht ein (reformiertes) System der sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmung, wie es in

einigen Sektoren bereits drittelparitätlich (Staat, UnternehmerInnen, ArbeiterInnenbürokratie) existiert. ArbeiterInnenkontrolle bedeutet, dass die ArbeiterInnen – organisiert in Gewerkschaften und Komitees, gewählt von der Basis – die Entscheidungen der BesitzerInnen und des Managements kontrollieren. ArbeiterInnen können hier zu allen Entscheidungen ein Veto einlegen, die Geschäftspläne einsehen, Sicherheitsstandards, Verträge und die Geschäftsbücher überprüfen.

- Auch wenn ArbeiterInnenkontrolle in einzelnen Betrieben oder Branchen beginnen mag, beinhaltet sie doch immer eine Herausforderung an die Bosse und das Management, ihnen ihr „Recht“ über ihren Geschäftsbetrieb streitig zu machen. Daher kann sie nur zeitweilig sein. Sie wird entweder unter den Angriffen der Herrschenden eingehen, sich in Formen der Klassenzusammenarbeit institutionalisieren – oder aber sich verallgemeinern und mit dem Kampf zum Sturz des kapitalistischen Systems verbinden müssen, zur Zerschlagung des repressiven Staatsapparates und seiner Ersetzung durch ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenräte und für einen demokratischen Wirtschaftsplan, der die Bedürfnisse der arbeitenden Klassen an erste Stelle rückt und die Produktion gemäß dieser anstatt nach Profitinteressen organisiert.

Für eine ArbeiterInnenpartei

- Dies ist nur ein Beispiel für die Notwendigkeit, den Kampf um bessere unmittelbare Lebensbedingungen, ArbeiterInnenrechte etc. innerhalb des kapitalistischen Systems mit dem für dessen Sturz zu verbinden. Dies zeigt: Gewerkschaften, für die wir streiten, sollten

klassenkämpferische, demokratische und für alle ArbeiterInnen, unabhängig von jedweder politischen oder religiösen Überzeugung offene Organisationen sein (abgesehen von Offenheit für FaschistInnen). In ihnen ringen wir um eine revolutionäre Führung.

- Solche Gewerkschaften werden jedoch nur dann entstehen, wenn sich aktive, militante GewerkschafterInnen und alle ArbeiterInnen zusammenschließen, die nicht außerhalb der Politik stehen oder diese in den Händen bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Parteien, seien sie „populistischer“, neoliberaler, islamistischer oder anderweitig arbeiterInnenfeindlicher Natur, belassen und ihre eigene Partei gründen wollen. Es muss eine Partei sein, die für den Aufbau von Massengewerkschaften eintritt, die mehr als nur rein ökonomische Kämpfe führen. Es bedarf einer Partei, die die Gewerkschaftsbewegung in den Kampf gegen alle Formen der Unterdrückung (Frauen, Minderheiten etc.) einbringt, sich für demokratische Rechte einsetzt, gegen Krieg, Militärherrschaft und imperialistische Weltbeherrschung eintritt. Nur eine solche Partei kann die Auseinandersetzung mit dem jetzigen System mit dem Kampf für den internationalen Sozialismus verknüpfen.

Freiheit für Kaschmir!

Gruppe ArbeiterInnenmacht, Infomail 1064, 9. August 2019

Am 5. August führten die indische rechte Regierung von

Narendra Modi und seine Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei; BJP) einen atemberaubenden Schlag gegen die Demokratie und das Recht auf Selbstbestimmung. Die Einführung des „Jammu-und-Kaschmir-Reorganisationsgesetzes“ 2019 ist nicht nur moralisch empörend, sondern auch verfassungswidrig.

Die formal teilautonome Provinz, die schon zuvor zu den am meisten militarisierten Regionen der Welt zählte, wurde vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Internet, Mobilfunk- und Festnetze wurden abgeschaltet. Selbst die lokale Polizei wurde entwaffnet. Stattdessen wurden mehr als zehntausend neue Spezialeinheiten in die Provinz geschickt. Die kaschmirischen PolitikerInnen, die bisher mit Indien zusammengearbeitet haben, wurden unter Hausarrest gestellt. Jene, die mehr Autonomie oder Unabhängigkeit wollen, wurden hinter Gitter gebracht. Öffentliche Einrichtungen und Schulen wurden geschlossen und eine Ausgangssperre verhängt.

Jugendliche und StudentInnen aus Jammu und Kaschmir, die in anderen Teilen Indiens oder in anderen Ländern arbeiten, leben und studieren, wurden von ihren FreundInnen und Familien in Kaschmir abgeschnitten.

Die Aufhebung des Artikels 370 der indischen Verfassung durch das Ober- und Unterhaus am 5. August bedeutet nichts anderes als eine vollständige Annexion von Jammu und Kaschmir. Es ist eindeutig eine Besetzung des Landes und seiner Ressourcen, bei der jedeR indische BürgerIn nun die Möglichkeit hat, Grundstücke im Staat zu kaufen, was zu einer Vertreibung der indigenen Kaschmiris führen kann. Darüber hinaus hat die Regierung die Teilung von Jammu und Kaschmir in zwei Unionsterritorien beschlossen – Jammu und Kaschmir einerseits und Ladakh andererseits.

Damit mobilisiert und stärkt sie die reaktionärsten und sektiererischen Teile der Gesellschaft. Wenn die BJP damit erfolgreich sein sollte, wird sich das sofort auf ganz Indien auswirken. Ein Tornado aus reaktionärer Propaganda, der durch das Land fegt, könnte bald Pogrome gegen ethnische und religiöse Minderheiten, insbesondere MuslimInnen, ermutigen. Tatsächlich kann davon ausgegangen werden, dass die indische Regierung diese Karte in der Hoffnung spielt, dass dies den Kampf der ArbeiterInnenklasse angesichts zunehmender wirtschaftlicher Probleme wie auch den der StudentInnen- und Frauenbewegung für demokratische Rechte schwächt, wenn nicht bricht. Die Implementierung einer Diktatur in Jammu und Kaschmir würde so zu einer Blaupause für Notstandsgesetze und militärische Sonderrechte in anderen Teilen des Landes werden.

Gleichzeitig befindet sich die indische Regierung in einer offenen Konfrontation mit Pakistan. Nicht nur ein weiterer Krieg droht, sondern, im schlimmsten Fall, ein nuklearer Vernichtungsschlag von einer oder beiden Seiten. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, wo der Handelskrieg zwischen China und den USA neue Höhen erreicht. In den Kampf um Kaschmir wie in jenen um die Kontrolle ganz Südasiens sind beide imperialistischen Mächte stark involviert.

Als SozialistInnen und KommunistInnen von beiden Seiten der Grenze, aus Pakistan und Indien, und innerhalb Deutschlands fordern wir die ArbeiterInnenbewegungen zur größtmöglichen Unterstützung ihrer indischen Klassengeschwister im Kampf gegen die reaktionäre Modi-Regierung und zur Unterstützung des kaschmirischen Volkes im Kampf gegen dessen Unterdrückung auf. Wir sind der Meinung, dass eine solche Unterstützung folgende Forderungen umfassen sollte:

- Rücknahme des Gesetzes zur Reorganisation Jammus und Kashmirs und Rücknahme der Aufhebung von Artikel 370 durch Parlamente und Regierung!
- Abzug aller nicht-staatlichen, paramilitärischen und militärischen Besatzungstruppen aus Kaschmir – auf beiden Seiten der Grenze!
- Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen! Sofortige Aufhebung aller Einschränkungen demokratischer Rechte und Freiheiten!
- Für das Recht auf Selbstbestimmung des kaschmirischen Volkes und für eine verfassunggebende Versammlung für ganz Kaschmir, die über das Schicksal des Landes entscheidet!
- Keine Unterstützung für die reaktionären Regime von Imran Khan und Narendra Modi! Schluss mit den Waffengeschäften mit den beiden Ländern! Materielle und politische Unterstützung für die ArbeiterInnenbewegung in Kaschmir, Indien und Pakistan!

Informationen über Solidaritätsaktionen: [Stand with Kashmir](#)

Berlin: Solidaritätskundgebung, Samstag, 10. August, 14.00, Brandenburger Tor

Pakistan: Solidarität mit der PTM! Freiheit für Ali Wazir und allen politischen Gefangenen!

Liga für die Fünfte Internationale, 26. Mai 2019, Infomail 1056, 26. Mai 2019

Nach wochenlanger hasserfüllter Hetze und fabrizierten Lügen gegen die Pashtun Tahafuz Movement (PTM; Bewegung zum Schutz der PaschtunInnen) hat das Militär die Situation am 26. Mai weiter verschärft, indem es ein Sit-in angegriffen, drei DemonstrantInnen getötet, 25 bis 45 verletzt sowie den Parlamentsabgeordneten Ali Wazir und sechs weitere Personen verhaftet hat. Die Liga für die Fünfte Internationale verurteilt diesen kriminellen Angriff auf die PTM und unterstützt die Bürgerrechtsbewegung und ihre demokratischen Forderungen bedingungslos.

Seit Samstag, den 25. Mai, hatten die BewohnerInnen der Stadt Miranshah in Nord-Wasiristan ein Sit-in veranstaltet, bei dem sie den Angriff auf eine ortsansässige Frau durch die Sicherheitskräfte verurteilten.

Am Sonntagmorgen versuchten die Mitglieder der Nationalversammlung, Mohsin Dawar und Ali Wazir, und eine Gruppe von PTM-AnhängerInnen, sich dem friedlichen Protest anzuschließen. Ein Video, das seitdem viral geworden ist, zeigt, wie militärisches Personal an einem Kontrollpunkt versucht, friedliche BürgerInnen daran zu hindern, sich einer größeren Versammlung im Hintergrund anzuschließen.

Im Lichte des Videos, der gewaltfreien Proteste der PTM und ihrer AnführerInnen sowie der widersprüchlichen Aussagen der Inter-Services Public Relations (ISPR; Presseagentur des Militärs) des Militärs stellen wir fest, dass die Armee die Situation eskaliert hat. Kein/e SozialistIn, ja kein/e DemokratIn sollte auch nur einem Wort einer Aussage trauen, die von einer Institution kommt, die in den letzten Monaten eine Medienkampagne gegen die PTM gestartet hat.

Am 19. April hatte Premierminister Imran Khan die Bewegung verleumdet und behauptet, dass die Art und Weise, wie die PTM ihre Forderungen stellte, „nicht gut für das Land“ sei. Zwei Wochen später behauptete der ISPR-Direktor und Pressesprecher der Streitkräfte, Generalmajor Asif Ghafoor, dass die PTM „anderen in die Hände spielt“ und drohte ihren UnterstützerInnen, dass „ihre Zeit abgelaufen ist“. Während die pakistanischen Medien die PTM und ihre

Forderungen verschwiegen hatten und nur selten, wenn überhaupt, über große Proteste berichteten, waren sie bestrebt, diese Lügen zu verbreiten, davon zu berichten und so zur Herstellung einer Klimas beizutragen, das das derzeit laufende brutale Durchgreifen gegen die PTM legitimieren soll. Der Vorsitzende der Bewegung, Manzoor Pashteen, hat die Social-Media-Kampagne des ISPR in den letzten Wochen zu Recht als Mittel analysiert, um eine Atmosphäre zu schaffen, die den heutigen Angriff „rechtfertigen“ würde.

Wir bekräftigen unsere bedingungslose Unterstützung für die PTM und ihre Forderungen nach Minenräumung in den Stammesgebieten, nach einem Ende des repressiven Kontrollpunktsystems und der Praxis der außergerichtlichen Tötungen, des gewaltsamen Verschwinden-Lassens und der rechtswidrigen Inhaftierungen. Wir begrüßen die schnelle Reaktion der Awami Workers Party und anderer Gruppen der pakistanischen Linken. Wir stimmen der Forderung nach einem Abzug der Armee, einer sofortigen Aufhebung der derzeitigen Ausgangssperre und einer bestmöglichen medizinischen Versorgung der PTM-ArbeiterInnen zu. Wir fordern die unversehrte und unverzügliche Freilassung aller Demonstranten.

Darüber hinaus sollte eine von der lokalen Bevölkerung gewählte und vom Militär unabhängige Sonderkommission den Fall untersuchen, mit

dem Recht auf unzensurierte Veröffentlichung der Ergebnisse in allen wichtigen Medien.

Schließlich schlagen wir ein Treffen der AnführerInnen der PTM, der Awami Workers Party, der Gewerkschaften, der Bewegung der Studierenden, ja aller Organisationen vor, die sich darauf einigen wollen, eine gemeinsame Front gegen die Angriffe auf die demokratischen Rechte, den staatlichen Autoritarismus sowie die neoliberalen und arbeitendenInnenfeindlichen Angriffe aufzubauen, die die Regierung nach dem Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds durchführen will.

Das „Neue Pakistan“ des IWF

Shahzad Arshad, Revolutionary Socialist Movement Pakistan, Infomail 1055, 23. Mai 2019

Am 12. Mai unterzeichnete die Regierung von Imran Khan mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) einen Vertrag über Kredite in Höhe von 6 Milliarden US-Dollar in den nächsten 39 Monaten. Darüber hinaus hofft Pakistan, von der

Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank zwischen 2 und 3 Milliarden Dollar an zinsgünstigen Darlehen zu erhalten. Der Pakt kommt nach dem Rücktritt des ehemaligen Finanzministers Asad Umar, der durch den vom IWF unterstützten Abdul Hafeez Shaikh ersetzt wurde. Reza Baqir, der eine wichtige Rolle für den IWF in Ägypten spielte und die enorme wirtschaftliche Verwerfung überwachte, wurde zum Gouverneur der Staatsbank ernannt, so dass nun dieser „Sohn des Bodens“ die Umsetzung der Politik des IWF zu Hause überwachen wird.

Das Exekutivkomitee des IWF hat die Vereinbarung noch nicht besiegelt, und erst dann werden die Bedingungen der Vereinbarung klar werden, aber sicher ist, dass Pakistan an die Bedingungen des IWF gebunden sein wird, und das weist auf viele potenzielle Gefahren hin, die der Vereinbarung zugrunde liegen. Das ist also die Realität von Khans „Naya Pakistan“ – dem „Neuen Pakistan“.

Neokolonialismus

Das Abkommen ist nach langen Verhandlungen in den letzten Monaten zustande gekommen, in denen auch die regierende Pakistan Tehreek-e-Insaf-Partei (PTI, Pakistanische

Bewegung für Gerechtigkeit) ihr Aushängeschild Asad Umar opfern musste, indem ihm das Finanzministerium weggenommen wurde. Dann wurden hochrangige BeamtenInnen des Finanzministeriums nicht in die Endphase der Verhandlungen einbezogen, was darauf hindeutet, dass alle Bedingungen des IWF in Wirklichkeit einfach in einem Ausverkaufspaket akzeptiert wurden. Auf jeden Fall ist die Art und Weise, wie dieses Abkommen hinter verschlossenen Türen unterzeichnet wurde, beschämend und steht im Widerspruch zur demokratischen Methode. Schließlich veranschaulicht die Art, wie das Land den globalen Wirtschaftsorganisationen unterstellt ist, den halbkolonialen Charakter Pakistans.

Wirtschaft

Nach neuen IWF-Statistiken hat Pakistan eine Auslandsverschuldung in Höhe von 27 Milliarden Dollar, die es innerhalb der nächsten zwei Jahre zurückzahlen muss. Dies wäre die größte Rückzahlung in der Region in dieser Zeit. Neben der Schuldentilgung wird es jedoch auch in den nächsten zwei Jahren ein Leistungsbilanzdefizit geben, für das weitere geschätzte 20 Milliarden Dollar erforderlich wären. Das bedeutet, dass Pakistan in den nächsten zwei Jahren eine Summe zwischen 46 und 50 Milliarden Dollar aufbringen

müsste. Die
angehäufte Verschuldung beträgt 77 Prozent des nationalen
Bruttoinlandsprodukts. All dies verweist auf eine
erschreckende Wirtschaftslage
des Landes.

Opfer

Wenn die herrschende
Klasse von Sparsamkeit spricht, bedeutet das einen großen
Angriff auf die
ArbeiterInnenklasse und die arme Bevölkerung in ländlichen und
städtischen
Gebieten, und so fordert Premierminister Imran Khan jetzt,
dass sich das Volk
den schwierigen Zeiten stellt und sich auf Opfer vorbereitet.
Der IWF-Pakt
stellt einen großen Angriff auf ArbeiterInnen und
Mittelschichten dar. Während
dieser Pakt in den kommenden Jahren den Lebensstil der
Menschen bestimmen wird,
war die Notwendigkeit, ihre Meinung zum Abkommen aufzugreifen,
in dieser
sogenannten Demokratie nicht spürbar.

Bedingungen

Eine der
Bedingungen des IWF-Pakts ist, dass die Zinsen, die bereits
bei 10,75 Prozent
liegen, erhöht werden, möglicherweise bis auf 14 Prozent. Zum
anderen werden

die Regulierungsbehörden für Elektrizität, Öl und Gas, NEPRA und OGRA, staatsunabhängig gemacht, so dass die Regierung nicht für einen Preisanstieg verantwortlich gemacht wird, der in den nächsten drei Jahren zusätzliche 340 Milliarden Rupien einbringen wird. Ebenso wird die Besteuerung von Benzin, die bereits bei 40 Rupien pro Liter liegt, angehoben.

Der IWF hat auch eine Abwertung der Rupie gegenüber dem Dollar um 20 Prozent gefordert, was den Wechselkurs der Rupie auf 170:1 zum Dollar senkt. Ein führender Wirtschaftswissenschaftler, Dr. Kaiser Bengali, sagt vorher, dass in der aktuellen Situation bis zum Jahresende ein Fall auf 200:1 möglich ist. Ein so drastischer Anstieg des Dollarkurses wird dazu führen, dass die Inflation, die bereits bei 10 Prozent liegt, zwangsläufig weiter steigen wird, so dass die Zukunft düster aussieht. Dennoch wird die Staatsbank nicht eingreifen, um die Rupie zu stützen.

Auch die Privatisierung in großem Maßstab, einschließlich Krankenhäusern, steht auf dem Programm, und die Regierung hat sich ferner darauf geeinigt, das Haushaltsdefizit auf nur 0,6 Prozent des BIP zu senken. Das kann nur bedeuten, dass der Etat für Entwicklungsprojekte, Gesundheit und Bildung sowie

Subventionen weiter gekürzt wird.

Im kommenden Haushalt werden neue Steuern in Höhe von 750 Milliarden Rupien eingeführt. Der ehemalige Finanzminister Miftah Ismail hat gesagt, dass die Regierung Steuern in Höhe von 800 Milliarden Rupien erheben muss, um das Ziel zu erreichen, und angesichts der wachsenden Inflationsrate könnte diese Zahl auf 1 Billion Rupien steigen.

Soziale Krise

Laut einem Regierungsbericht zeigen alle Sozialindikatoren, dass das nationale Wirtschaftswachstum den Tiefpunkt der letzten acht Jahre erreichen könnte. Ein Bericht des Nationalen Rechnungshofes vom 16. Juli besagt, dass das Wirtschaftswachstum Pakistans, das voraussichtlich 6,2 Prozent erreichen sollte, jetzt bei 3,3 Prozent liegen würde. Nach Auferlegung der Klauseln des IWF kann die Wachstumsrate weiter auf 2,5 Prozent sinken. Laut Dr. Hafeez Ahmed Pasha sind bisher rund 800.000 bis 1 Million Menschen aufgrund des langsamen Wirtschaftswachstums arbeitslos geworden, die Zahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, hat sich um weitere 4 Millionen

erhöht. Es wird erwartet, dass in den nächsten zwei Jahren weitere 8 Millionen Menschen in Armut fallen werden.

Neoliberalismus

Alle bisherigen Rettungspakete des IWF und ihre neoliberalen Lösungen haben zu keiner langfristigen oder nachhaltigen Verbesserung der Konjunktur geführt. Das aktuelle Rettungspaket wird mit weiteren großen Privatisierungen, steigender Arbeitslosigkeit, zunehmender Armut und Inflation nicht anders ausfallen. Der IWF besteht darauf, dass seine Politik zwar unmittelbar dämpfende Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum hat, aber auch zu einer Verbesserung führt, wenn das Vertrauen der KapitalistInnen in die Wirtschaft wiederhergestellt wird.

Laut Dr. Akmal Hussain, Dekan der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften an der Universität für Informationstechnologie, deuten empirische Erkenntnisse jedoch auf etwas anderes hin, und Untersuchungsberichte haben deutlich gemacht, dass die Annahme des IWF falsch ist. Nach einem Bericht, der sich mit 130 Ländern befasste, die die Programme des IWF umgesetzt haben, wurde das

Wirtschaftswachstum in allen Ländern negativ beeinflusst. Die Situation in Pakistan ist nicht anders. Wieder einmal werden die Menschen aufgefordert, im Namen der Volkswirtschaft Opfer zu bringen. Nichts davon wird jedoch etwas für die Menschen verbessern.

Was ist zu tun?

Im Moment kämpft die gesamte bürgerliche Opposition für die Wahrung ihrer eigenen Interessen, wobei jeder Sektor versucht, die Regierung zu zwingen, einen Kompromiss zu seinem Vorteil einzugehen. Nur die ArbeiterInnenklasse, die arme Landbevölkerung und die städtischen Armen, die Bauern/Bäuerinnen und die unterdrückten Teile der Gesellschaft können sich die Hände reichen, um gegen den Tyrannenstaat und seine gesamte Politik zu kämpfen.

Im aktuellen Szenario ist es umso wichtiger, den Kampf für demokratische Rechte mit dem gegen die ökonomischen Angriffe der Bourgeoisie zu verbinden. Die jungen ÄrztInnen, SanitäterInnen und KrankenpflegerInnen haben einen mutigen Kampf gegen die Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen geführt. Ein ähnlicher Kampf wurde kürzlich von den ArbeiterInnen der staatlichen

Kette Utility Stores

Corporation (USC: Läden für den Konsumgrundbedarf, die oft unter Preisen auf

dem freien Markt verkaufen) gegen die Angriffe der herrschenden Klasse geführt.

Nur der Klassenkampf kann den Staat zum Rückzug zwingen. In der heutigen Zeit

ist es die Einheit der ArbeiterInnenklasse, die das Programm des IWF besiegen

und die Regierung von Imran Khan hinwegfegen kann. Schließlich muss dieser

Kampf in einen gegen das kapitalistische System selbst umgewandelt werden.

Forderungen

- Der Mindestlohn sollte ausreichen, um den ArbeiterInnen ein qualitativ hochwertiges Leben zu ermöglichen. Ihre Löhne sollten an die Inflation gekoppelt werden. Mit jedem 1-prozentigen Anstieg der Inflationsrate sollten die Löhne um 1 Prozent angehoben werden.
- Anstelle von Privatisierungen sollten staatliche Institutionen der demokratischen Kontrolle der ArbeiterInnenklasse überantwortet werden. Alle Einrichtungen, die nach der Privatisierung geschlossen wurden, sollten unter Kontrolle der Arbeit„nehmer“Innen wieder verstaatlicht werden. Die Institutionen, deren Management an den Privatsektor übergeben wurde, sollten der demokratischen Kontrolle der ArbeiterInnenklasse unterstellt werden, wodurch alle Arten von Privatisierung rückgängig gemacht werden.
- Anstatt Arbeitsplätze abzubauen, sollte die Arbeitszeit verkürzt werden, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden.
- Die Haushalte für Bildung und Gesundheit sollten erhöht

werden, indem eine Vermögenssteuer auf KapitalistInnen, GroßgrundbesitzerInnen, multinationale Unternehmen und andere reiche Teile der Gesellschaft erhoben wird. Danach sollten neue Gesundheitszentren und Bildungseinrichtungen aufgebaut werden.

- Ein Ende aller Steuerbefreiungen für die KapitalistInnenklasse!
 - In der Landwirtschaft sollten Subventionen in großem Umfang eingeführt werden. Darüber hinaus sollte das Land von GroßgrundbesitzerInnen enteignet und an die Bauern/BäuerInnen und LandarbeiterInnen übergeben werden.
 - Der Haushalt für Entwicklungsprojekte muss in großem Umfang aufgestockt werden, damit soziale Einrichtungen und freie Wohnungen für die ArbeiterInnenklasse sowie die ländlichen und städtischen Armen gebaut werden können.
 - Unternehmen, die Strom produzieren, müssen vom Staat übernommen und der demokratischen Kontrolle der Arbeiterklasse unterstellt werden.
 - Die Ablehnung des IWF-Programms, einschließlich der Weigerung, die Schulden der globalen Wirtschaftsinstitutionen zurückzuzahlen, ist eine Voraussetzung für die geplante und ausgewogene Entwicklung der Wirtschaft. Aber dies kann niemals von einer dem Kapitalismus verpflichteten Regierung durchgeführt werden. Wir brauchen eine Regierung, die auf den eigenen Organisationen der ArbeiterInnen basiert, um mit der bestehenden katastrophalen Situation umzugehen und die Interessen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zu verteidigen.
-

Pakistan: Asad Umars Rücktritt ebnet den Weg zu einer großen Wirtschaftsoffensive

Shahzad Arshad, Revolutionary Socialist Movement, Infomail 1054, 13. Mai 2019

Zu den wichtigsten Entwicklungen bei der Umbildung des pakistanischen Kabinetts am 18. April gehörten der Rücktritt Asad Umars als Finanzminister und die Ernennung des pensionierten Brigadegenerals Ijaz Shah zum Bundesminister für Inneres. Asad Umar war das Aushängeschild von Imran Khans Partei Pakistan Tehreek-e-Insaf (Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit, PTI). Die PTI präsentierte ihn als frischen Wind in der Politik und Premierminister Imran Khan behauptete gar, dass Asad Umar die Lösung für die Wirtschaftskrise in Pakistan verkörpere.

Asad Umar wurde schon vor Bildung der PTI-geführten Regierung im Schattenkabinett als Finanzminister gehandelt. Jetzt wurde er durch Abdul Hafeez Shaikh ersetzt, der das Privatisierungsressort unter dem Regime des Militärdiktators Pervez Musharraf leitete und auch unter Asif Ali Zardari bereits Finanzminister war.

Das „ehrenwerte Gesicht“ ...

Imran Khan erklärte, dass gute Regierungsführung und ein Ende der Korruption alle Probleme Pakistans lösen könnten. Sein Team sei so hoch qualifiziert, dass es diese Versprechen, insbesondere im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, einhalten könne. Asad Umar war das ehrenwerte Gesicht dieses „Naya Pakistan“ (neues Wirtschaftsprogramm) und seiner Versprechen, 10 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen und 5 Millionen Häuser zu bauen. Viele weitere solch ambitionierter Ziele wurden formuliert. Tatsache ist jedoch, dass Umar trotz der unsicheren Situation und noch, bevor die PTI an die Macht kam und er das Amt des Finanzministers übernahm, angekündigt hatte, dass er zum Internationalen Währungsfonds (IWF) gehen würde.

Nachdem die von der PTI geführte Regierung die Macht übernommen hatte, wurde schnell klar, dass Imran Khans Beharren auf Einfachheit und Opferbereitschaft dazu führen sollte, die Kosten der Systemkrise von der herrschenden Klasse auf die Schultern der ArbeiterInnenklasse abzuwälzen. Vorgeblich zum Schutz der Interessen der Volkswirtschaft wurden brutale Angriffe auf die einfachen Leute verübt. Sie waren es, die durch steigende Inflation und Arbeitslosigkeit am meisten

belastet wurden. Der Wert der Rupie wurde um 35 % gesenkt, Steuerbefreiungen in Milliardenhöhe wurden KapitalistInnen gewährt, während Entwicklungsprojekte weitgehend gestoppt wurden. Die Privatisierungspolitik wurde in „Vermögensfonds“ umbenannt, unter dem mehr als 200 Institute privatisiert werden sollen. Im Rahmen des gleichen Fonds wurde auch beschlossen, Zehntausenden von ArbeiterInnen ihre Stellen zu streichen. Es wurden Instruktionen erteilt, TagelöhnerInnen zu feuern.

Dennoch ist es der Regierung nicht gelungen, ihre Politik umzusetzen, da sich Tausende von ArbeiterInnen wehrten. Ihre brillante Demonstration von Widerstand gegen Entlassungen in den Versorgungsbetrieben und Privatisierung zwang die Regierung, vorerst davon Abstand zu nehmen. Obwohl Asad Umar und die von der PTI geführte Regierung den IWF vor der Machtübernahme abgelehnt haben, waren sie nun gezwungen, auf dessen Politik einzugehen.

... und die Krise

Die Blamage, mit der die Regierung derzeit konfrontiert ist, ist jedoch auch auf das imperialistische Tauziehen zwischen den USA und China zurückzuführen. Mit der zunehmenden Macht Chinas übt

es immer mehr Einfluss aus, was aufgrund der bisherigen Verbindungen Pakistans zu den USA und ihrem militärischen Sicherheitsapparat zu Spannungen innerhalb der herrschenden Klasse des Landes führt. Diese internen Konflikte werden noch verschärft durch die Notwendigkeit, vom IWF ein Rettungspaket erbitten zu müssen. So zahlen die Armen und die ArbeiterInnenklasse Pakistans den Preis der globalen Finanzkrise und ihrer Widersprüche.

Die Wirtschaftskrise Pakistans beruht daher nicht nur auf dem Unvermögen der herrschenden Klasse des Landes. Sie wurzelt auch in der sich verschärfenden Krise des globalen Kapitalismus und der Position Pakistans als Halbkolonie, die das Land in den Bankrott geführt hat. Nach Angaben des IWF wird die Wachstumsrate Pakistans im nächsten Jahr auf 2,4 % sinken, während in diesem Jahr 1 Million Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben und weitere 4 Millionen gezwungen sind, unterhalb der Armutsgrenze zu leben.

Aus diesem Grund nimmt die Popularität der PTI unter den einfachen Leuten ab, während die Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Klasse in Bezug auf wirtschaftliche und politische Entscheidungsfindung zunehmen. In diesem Szenario offenbart der Rücktritt von Asad Umar zum einen die Verschärfung der Regierungskrise.

Andererseits zeigen die Ernennungen von Abdul Hafeez Shaikh und dem pensionierten Brigadier Ijaz Shah deutlich die Einmischung des Repressions- und Beamtenapparates in die Regierungsgeschäfte. Diese fordern noch strengere Maßnahmen. Die Aufnahme von nicht gewählten BeraterInnen und TechnokratInnen in das Kabinett ist ein Schritt in Richtung eines noch autoritäreren Systems. Erhöhte Befugnisse für den Regierungschef erlauben es ihm, jede/n seiner Wahl zum/r MinisterIn oder BeraterIn zu ernennen. Dies zeigt, dass die herrschende Klasse die Wirtschaftskrise nun für derart bedrohlich hält, dass sie nur durch diktatorische Maßnahmen gelöst werden kann.

Das ist sicherlich das, was Hafeez Shaikh meint, wenn er verlangt, dass ihm „freie Hand“ gewährt wird. Die PTI-geführte Regierung hatte diesen Prozess bereits eingeleitet, aber es gibt Widersprüche bei der Umsetzung. Wirtschaftlich befürwortet sie die gleiche Lösung, die IWF und Weltbank in den letzten drei Jahrzehnten vorgeschlagen haben: neoliberale Reformen, die bereits umgesetzt werden. Ihr Zweck ist es, optimale Rahmenbedingungen für die globalen kapitalistischen Klassen zu schaffen, die Ressourcen der halbkolonialen Staaten auszuplündern, wobei der lokalen herrschenden Klasse einige Brosamen zugestanden werden.

Dennoch bröckelt Pakistans Wirtschaft weiter, anstatt aus der Krise herauszukommen. In den letzten drei Jahrzehnten waren verschiedene AkteurInnen an diesem großen Spiel beteiligt. Alle paar Jahre wird im Namen der Volkswirtschaft das gleiche Spiel wieder aufgenommen und VerliererInnen sind abermals die ArbeiterInnen wie die Armen in Stadt und Land. Unabhängig davon, was die offiziellen Zahlen sagen, ändert sich für die ArbeiterInnenklasse und die einfachen Menschen nichts zum Besseren, im Gegenteil wird für die meisten Menschen das Leben noch schwieriger.

Die bürgerlich-populistische Regierung der PTI versprach, wie auch schon alle früheren Regierungen, die wirtschaftliche, soziale und politische Krise des Landes zu überwinden, für Wachstum und Investitionen zu sorgen und hoffte, die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse einzudämmen. Obwohl dieses Ergebnis alles andere als sicher ist, wie die jüngsten Regierungswechsel zeigen, ist klar, dass Angriffe auf ArbeiterInnen sowie auf demokratische Rechte einen wesentlichen Teil ihrer Politik ausmachen werden.

Die letzten Wochen haben bereits gezeigt, wie die Regierung und die herrschende Elite dies tun wollen. Die Pashtun Tahafuz Movement (PTM, Bewegung zur Verteidigung der

PaschtunInnen) ist zum Ziel von Drohungen der Behörden geworden. Ihr wurde mit Eingreifen gedroht, falls sie ihre Kampagnen nicht beendet. Die verleumderischen Anschuldigungen, dass die PTM im Namen afghanischer und indischer GeldgeberInnen handelt, sollen den Boden für ein Durchgreifen im Namen der „Landesverteidigung“ bereiten und die nationalistische und chauvinistische Unterstützung dafür schüren.

Deshalb müssen die Linke und die ArbeiterInnenklasse zwar einen Plan für den Widerstand gegen die Politik Hafeez Shaikhs aufstellen, sie müssen sich aber gleichzeitig mit der Bewegung für demokratische Rechte zusammenschließen und einen gemeinsamen Kampf führen, damit die anstehenden Herausforderungen bewältigt werden können. Das bedeutet, dass der Kampf gegen imperialistische Widersprüche sowie die Krisen der pakistanischen herrschenden Klasse mit dem Kampf der ArbeiterInnenklasse gegen Inflation, Arbeitslosigkeit und Privatisierung verbunden werden müssen.

Nein zu einem Krieg zwischen Indien und Pakistan!

Revolutionary Socialist Movement, 3. März 2019, Infomail 1044, 5. März 2019

Die Spannungen zwischen Indien und Pakistan erreichten Ende Februar dieses Jahres einen dramatischen Höhepunkt.

Am 26. Februar ließ die indische Luftwaffe verlauten, sie habe ein Trainingslager in Balakot in Pakistan angegriffen. Diese Luftschläge waren die ersten auf Ziele jenseits der Kontrolllinie, die seit dem Krieg zwischen den beiden Ländern im Jahr 1971 in die Wege geleitet wurden. Auf einer Pressekonferenz erklärte der indische Außenminister Vijay Gokhale, dass bei den Angriffen eine „große Anzahl“ von „militanten TerroristInnen“, darunter KommandantInnen, getötet und zivile Opfer vermieden worden wären.

Pakistan widersprach dieser Darstellung. Der Generaldirektor der „Inter Services Public-Relations (Presseagentur der Gesamtstreitkräfte)“ (ISPR) der militärischen Institutionen des Landes gab bekannt, dass „indische Flugzeuge aus dem Sektor Muzaffarabad eingedrungen seien. Angesichts der rechtzeitigen und wirksamen Reaktion der pakistanischen

Luftwaffe haben sie auf der Flucht in Eile Last abgeworfen, die in der Nähe von Balakot fiel. Keine Verluste oder Schäden.“

Als Reaktion darauf schoss die pakistanische Luftwaffe zwei indische Flugzeuge im pakistanischen Luftraum ab. Eines der Flugzeuge stürzte in Asad Jammu und Kaschmir (teilautonomes pakistanisches Gebiet in der zwischen Indien und Pakistan umstrittenen Region Kaschmir) ab, das andere auf der indischen Seite von Kaschmir. Ein Pilot wurde verhaftet.

Beide Seiten setzten ihre Streitkräfte in Alarmbereitschaft. Eine weitere Eskalation zwischen den beiden atomar bewaffneten Regionalmächten stellte eindeutig eine echte Bedrohung dar. Auch wenn die Regierungen und herrschenden Klassen einen Krieg nicht gewollt oder gar vermieden haben wollten, könnten das Aufkommen nationalistischer Rhetorik auf beiden Seiten, die gegenseitige Androhung von Vergeltungsmaßnahmen und die inneren Widersprüche, die beide Länder heimsuchen, zu einer weiteren Eskalation und einer Ausbreitung des Krieges weit über Kaschmir hinaus geführt haben. Die militärischen Auseinandersetzungen in der Grenzregion dauern an. Der Luftraum über Pakistan und Nordindien wurde für einige Tage für zivile Flüge gesperrt.

Die zunehmenden Spannungen zwischen den beiden Ländern sind selbst ein deutlicher Ausdruck der aktuellen internationalen Situation und des Kampfes um eine Neuaufteilung der Welt. Vorerst wollen alle imperialistischen AkteurInnen der Welt, die USA, China, die EU und Russland, eine weitere Eskalation in dieser Region vermeiden, die eindeutig dramatische globale Folgen hätte. Russland bot der indischen Regierung eine Vermittlung an. China und Russland wollen natürlich aus wirtschaftlichen und geostrategischen Gründen eine weitere Eskalation zwischen den beiden Staaten verhindern. Ebenso wollen die USA und die europäischen Mächte verhindern, dass die Spannungen außer Kontrolle geraten.

Diese Faktoren haben einen großen Einfluss auf die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte in Indien und Pakistan. Aber wie der jüngste Konflikt gezeigt hat, sind sie bereit, mit dem Feuer zu spielen. Nicht zuletzt deshalb, weil die inneren Widersprüche in beiden Ländern den Nationalismus und damit die nationalistischen Bedrohungen zu einem fast klassischen Mittel machen, um die Unterstützung der Bevölkerung zu sammeln und die Aufmerksamkeit von der inneren sozialen, politischen und wirtschaftlichen Krise und dem Widerstand abzulenken. So kann zwar die unmittelbare Gefahr eines Krieges zwischen Indien und Pakistan für den Moment ausgeglichen werden, aber

die Ursachen der Krise werden sich keineswegs in Luft auflösen.

Die wahren Opfer – das kaschmirische Volk

Die wahren Opfer des historischen Konflikts zwischen Pakistan und Indien und der zunehmenden Spannungen stellt eindeutig das kaschmirische Volk.

Der indische Staat täuscht die Welt (und seine eigene Bevölkerung), indem er die Wurzeln des Konflikts als eine zwischen einem „demokratischen Staat“ und „TerroristInnen“ darstellt, als ob der Selbstmordanschlag islamistischer Kräfte am 14. Februar ein Einzelfall wäre, der ohne Bezug auf die Besetzung Kaschmirs durch Indien seit der Teilung verstanden werden könnte.

Die indische Armee hat Kaschmir den Krieg aufgezwungen. Tausende von Kaschmiris wurden getötet, verletzt, sind verschwunden und verhaftet. Frauen und Männer wurden vergewaltigt und sexuell missbraucht. Gummigeschossgewehre wurden gegen DemonstrantInnen eingesetzt, die Kinder, Frauen und Jugendliche verletzen und erblinden lassen. Seit Jahrzehnten sind die Menschen mit der einschüchternden und terrorisierenden Präsenz der Waffen des Militärs rund um

ihre Häuser und den täglichen Demütigungen von Übergriffen, Missbrauch und Schikanen durch das Militär konfrontiert. Nichts davon demobilisierte jedoch die politische studentische und Jugendbewegung, deren Widerstand gegen die indische Besatzung sogar Sympathie in Indien und international hervorrief.

Die indische Armee wurde durch den anhaltenden Widerstand und den Angriff im Pulwama-Bezirk vom Februar (siehe oben), bei dem ein islamistischer Selbstmordanschlag auf einen Armeekonvoi in Kaschmir mehr als 40 Mitglieder der Spezialpolizei tötete, frustriert und demoralisiert. Dies wurde zum Vorwand genommen, um die Angriffe auszuweiten und militärische Macht zu demonstrieren, indem Balakot in Pakistans Provinz Khyber Pakhtunkhwa (von 1901 bis 2010: Nordwestliche Grenzprovinz) bombardiert wurde.

Pakistan schoss indische Flugzeuge als Vergeltung ab und nahm einen Piloten gefangen. Der Premierminister des Landes, Imran Khan, bot dann Gespräche und Frieden an. Der Pilot wurde freigelassen und am 1. März als Geste des guten Willens an Indien übergeben. Dies zeigt einerseits die Schwäche und Isolation des pakistanischen Staates, andererseits hofft er, durch dieses Manöver sowohl regional als auch global zu profitieren. Viele aus der pakistanischen Linken lobten dies und unterstützten den taktischen Zug der

Regierung, was ihr einen linken Deckmantel verlieh. Das ist nicht nur unehrlich, es ist auch selbstzerstörerisch. Wenn es nicht gelingt, die ganze Heuchelei des pakistanischen Staates aufzudecken, wenn nicht auf die Verletzung und Verweigerung der demokratischen Rechte für die belutschischen, paschtunischen, sindhschen und muhajirischen Völker und Nationalitäten innerhalb Pakistans verwiesen wird, spielt dies den ZynikerInnen der Regierung in die Hände, die sich als rationale „VerteidigerInnen der Nation“ oder des kaschmirischen Volkes präsentieren.

In Wirklichkeit hat nicht nur Indien, sondern auch Pakistan dem kaschmirischen Volk das Recht verweigert, über das Schicksal seines eigenen Landes zu entscheiden. Kein Wunder, dass die Kaschmiris mit der pakistanischen Art der Kontrolle und Plünderung ihrer Ressourcen nicht zufrieden sind. Tatsächlich ist Pakistan bestrebt, den kaschmirischen nationalen Kampf entlang religiöser Spaltungslinien auseinanderzudividieren und ihn dadurch zu schädigen, mit der Absicht, ihn zu einem Werkzeug im Kampf um die regionale Macht zu machen.

Wir SozialistInnen sind gegen diesen Krieg. Die ArbeiterInnen, die Jugendlichen, die Volksmassen Indiens und Pakistans dürfen sich nicht zu Werkzeugen in den Auseinandersetzungen zwischen den

nationalistischen bürgerlichen FührerInnen machen lassen. Ein Krieg würde nur den Kapitalistinnen und den herrschenden Eliten dienen. Gleichzeitig dürfen wir, so sehr wir uns einem solchen Krieg widersetzen, die so genannte „Friedenspolitik“ dieser Regierungen nicht anerkennen. Sie ist nur ein Mittel, um ihre Klasseninteressen als Formen der „nationalen Verteidigung“ darzustellen.

Um der Region echten Frieden zu bringen, müssen wir, die pakistanischen und indischen Linken, ArbeiterInnen, Jugendlichen und alle Unterdrückten, uns mit dem kaschmirischen Volk solidarisieren. Die kaschmirische Bevölkerung ist es, die seit Jahrzehnten mit den Folgen von Besetzungs- und Machtkonflikten zwischen Indien und Pakistan konfrontiert ist. Die jüngste Verschärfung der Spannungen und die Situation, in der sich die einfachen Kaschmiris auf beiden Seiten der Kontrolllinie befinden, zeigen dies. Eine militärische Eskalation zwischen Indien und Pakistan könnte ihr ganzes Land zerstören und es zu einem blutigen Kampfplatz machen.

Ohne den Abzug der indischen und pakistanischen Armeen aus Kaschmir wird es keinen Frieden auf dem Subkontinent geben. Ohne dies können die Kaschmiri über ihr Schicksal nicht frei entscheiden, ihr Selbstbestimmungsrecht nicht ausüben.

Während wir das Recht der Guerillas, sich den Besatzungskräften zu widersetzen, anerkennen und verteidigen, schlagen wir eine andere politische Strategie vor: eine Strategie der Klassensolidarität und des gemeinsamen Kampfes, um die indische und pakistanische ArbeiterInnenklasse für die Auseinandersetzung um das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu gewinnen. Wir treten für einen massenhaften Kampf der ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen und Armen ein und verbinden den Kampf um Selbstbestimmung mit dem für eine sozialistische Zukunft. Es ist die Pflicht jedes/r SozialistIn in Indien und Pakistan, den kaschmirischen Kampf für Unabhängigkeit zu unterstützen und ihn mit dem gegen imperialistische Ausbeutung und für eine sozialistische Konföderation Südasiens zu verbinden.